

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 217 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 2/2013 VOM 5. FEBRUAR 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Eberswalder Energie-**  
**ausschuß vor dem Aus?**  
Sitzungen ohne Tagesordnung

8 | **Zwei Antworten**  
**auf zwei Fragen**  
Wasser und Abwasser im Barnim

12/13 | **Brauchen wir wirklich**  
**Tropenanzüge für Soldaten?**  
Bundeswehr all over the world

Gedanken zum Wahljahr 2013:

## »Der Mensch ist ein Sozialwesen«

Grundlage für die demokratische Praxis in unserem Land ist das Grundgesetz. Der Artikel 1 Absatz 1 lautet: **Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

Im Brockhaus-Lexikon finden wir: *»Menschenwürde ist der unverlierbare geistlich sittliche Wert eines jeden Menschen um seiner selbst Willen. Unantastbarkeit bedeutet Unzulässigkeit jeglicher Mißachtung der Menschenwürde. Eine Mißachtung ist in einer erniedrigenden Behandlung zu sehen.«*

Eine erniedrigende Behandlung kann auch mit Worten erfolgen. Auf den politischen »Bühnen« muß man leider beobachten, daß der Gegner mit herabwürdigenden und beleidigenden Sätzen angegriffen werden. Derartiges steht im Widerspruch zum Artikel 1 unserer Verfassung und sollte in gleicherweise verurteilt werden wie das noch vorhandene Gedankengut, das am 30. Januar 1933 die Macht in Deutschland übernahm.

Der Mensch ist ein Sozialwesen und braucht Lebensunterstützung von der ersten bis zur letzten Lebensstunde. Zum Wohlfühlen gehört dazu, die Freiheit zur Gestaltung seiner Lebensverhältnisse im Rahmen der Gemeinschaft mit allen anderen Menschen. Wer sich politisch engagiert, sollte mit diesen Gedanken gesellschaftliche Ziele anstreben, wie sie von dem deutschen Philosophen vom Anfang des 19. Jahrhunderts, Johann Gottlieb Fichte gefordert wurden zusammen mit den Postulaten zur Freiheit vom Philosophen Descartes (1596-1650), den ich zu den Begründern demokratischen Gedankengutes in unserer europäischen Geschichte zähle.

*»Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verzieret; es sollen erst alle warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleide. Es ist ein großes Unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen kann, indessen seine Mitbürger das Notwendige nicht haben.«*

Dr. SIEGFRIED ADLER

## Klimaschutzkonzept wird nach 18 Jahren fertig

Die Stadt Eberswalde ist seit langem Vorbildkommune, was den Umgang mit Klimaschutz und Erneuerbaren Energien angeht. Bereits im Januar 1995 war die Stadt dem Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern beigetreten. Dem folgte im April 1995 die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms für die Stadt Eberswalde. Schon nach Jahren Diskussion legte die Verwaltung im Frühjahr 1998 einen »Maßnahmenplan für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde bis zum Jahr 2005« vor und der Klima-Aktivist Klaus Meißner (PDS) warf frustriert hin (BBP 5/1998).

Fortan gab es wichtigere Aufgaben. Diese Aufgaben (Regionalflughafen, Binnenhafen, Landesgartenschau) kosteten viel Geld. Daher mußte der Haushalt konsolidiert werden. Das Klimabündnis kostete rund 250 Euro Mitgliedsbeitrag pro Jahr. Also trat die Stadt im Dezember 2005 aus dem Klimabündnis aus. Dagegen gab es Proteste und im Februar 2005 trat die Stadt wieder ins Klimabündnis ein (BBP 2/2006).

Als auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2011 die Erarbeitung eines »Kommunalen Energiekonzeptes« beschlossen wurde, fand das Klimabündnis keine Erwähnung. Wichtiger: Inhaltliche Ziele wurden in dem Beschluß nicht formuliert. Es gab lediglich die Vorgaben, für das Konzept Fördermittel zu aquirieren und die Inhalte mit der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Uckermark/Barnim abzustimmen. Eine AG mit Beteiligung von Stadtverordneten und Sachkundigen, wie 15 Jahre vorher, war nicht vorgesehen.

Und es gab Fördermittel. Aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und vom Land. 75.000 Euro hatte die StVV genehmigt, davon 25 % Eigenanteil der Stadt. Und die Stadtverwaltung machte ihren Job, indem sie den Job an zwei externe Büros vergab. Die geben sich Mühe und halten sich an die inhaltlichen Vorgaben der RPG und an die »Null-Emissions-Strategie« des Landkreises Barnim. Denn dieser hat immerhin eine Strategie.



Nun liegen erste Entwürfe für ein »Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept« vor. Dabei macht sich das Fehlen eigener Ziele der Stadt Eberswalde nachteilig bemerkbar. Die Büros haben nur die Kreisvorgaben. So spielt das HOKAWÉ – obwohl der Erwerb durch den Kreis scheiterte – eine tragende Rolle in dem Konzept, das ansonsten vor allem durch seine Konzeptionslosigkeit besticht. Von den materiellen Grundlagen, gar der stadteigenen, ist ebenso wenig die Rede, wie von den wirtschaftlichen Folgen für die Stadt und ihre Einwohner.

Im Mai soll das Konzept in der StVV beschlossen werden. In positive Worte gefaßt, bleibt nur zu sagen: Da ist noch viel Arbeit.

GERD MARKMANN

## Ein Leichtbild

Unter dem Motto »Ein Barnim für alle« hat die Partei die Linke kürzlich einen Entwurf zur Diskussion gestellt, der sich mit Wohnen, Mobilität, Handel und Versorgung, Bildung und Ausbildung, guter Arbeit, schnellem Internet, Gesundheit und Natur, Freizeit und Verwaltungen eine Vision vorgestellt, für die es zu leben lohnt. Auf sechs Seiten lädt die Linke alle ein, zu diskutieren, welche Entwicklung wir nehmen, wie wir aktiv den Landkreis verändern und wie wir unser Miteinander gestalten wollen. Vielen Dank für diese Einladung. Wir wollen uns gerne an der Diskussion beteiligen.

Auch nach mehrmaligem Lesen fällt es schwer, den Sinn des Textes zu erfassen. Unter anderem ist nicht klar geworden, ob es sich um Vorgaben für eine Regionalentwicklung oder um das Selbstverständnis einer großen politischen Organisation handeln soll. Ob die leider unbekannteren Autoren mehr darüber wissen? Dann sollten sie sich äußern!

Unser Problem soll beispielhaft am Abschnitt über Verwaltungen erläutert werden. Dort will man, daß sich Verwaltungen konsequenter als Dienstleister bekennen. Wahrscheinlich sind die Menschen gemeint, die in öffentlichen Verwaltungen in Gemeinde, Stadt und Land, und nicht diejenigen, die in Verwaltungen privater Betriebe arbeiten. Da fallen mir spontan Polizisten oder die Mitarbeiter der Stadt- und Kreisverwaltung ein. Für mich und viele andere Menschen sind öffentliche Verwaltungen zunächst ein wesentlicher Teil der Obrigkeit. Aber welche Dienstleistungen erbringen diese Leute, wenn sie mit Genehmigung und Bescheid nach Antrag Auflagen erteilen? Wer dient hierbei wem und wer ist Herr und wer muß folgen? Also Dienstleistungen sehen anders aus. Natürlich erfüllen im öffentlichen Dienst die Mitarbeiter der Schulen und Kindergärten, der Krankenhäuser, der Trinkwasserbereitstellung und Abwasserentsorgung, der Busgesellschaft oder der Sparkasse und sogar des Winterdienstes wichtige Aufgaben.

Hilfreich sind sicherlich immer klare und für alle verständliche Vorgaben und Strukturen sowie ausreichend Mittel. Aber was sollen die öffentlichen Verwaltungen bitte mit ständigen Überprüfungen, Strukturanpassungen, Internetauftritten, radikalen Beschleunigungen und Vorschlägen aus der Bevölkerung machen? Ob die Mitarbeiter auf diese Weise besser durchsehen und schneller arbeiten? Oder ob man sich als Einwohner dann mit den sich ändernden Vorschriften noch auskennen kann? Und wie will die Partei das machen? Welche Probleme drängen? Wer macht seine Arbeit nicht richtig? Vielleicht ist der Partei und ihren Mitgliedern nicht bewußt, daß sie seit langem stärkste Kraft im Landkreis Barnim sind und viele Menschen auf klare Positionen und realistische Ziele warten, um ihnen bei deren Durchsetzung zu helfen.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

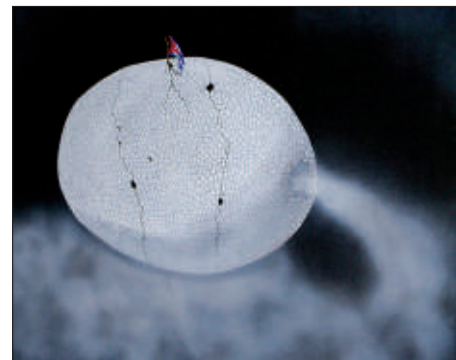
## Die besondere Qualität kubanischer Künstler

Am 1. Februar 2013 um 17 Uhr eröffnete im Glaszwischenbau des Paul-Wunderlich-Hauses eine Ausstellung des kubanischen Künstlers Alexis Fernández Arce. Die Ausstellung hatte die Regionalgruppe Cuba Sí Bernau in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V., dem Dresdner Verein Oñondive e.V. sowie der Kreisvolkshochschule Barnim organisiert.

Die Integrationsbeauftragte des Landkreis Barnim Marieta Böttger begrüßte die Anwesenden. Sie wies daraufhin, daß der beste Weg, ein Land und dessen Kultur kennenzulernen, der Kontakt mit den Menschen sei. Die Gäste sollten also keine Scheu haben, mit dem Künstler in Kontakt zu treten.

Es folgte eine Laudatio zu Alexis Fernández Arce. Der Maler, der sich die ersten Techniken autodidaktisch beibrachte und später Graphikdesign und Malerei studierte, ist mit seinem Stil dem Surrealismus verbunden. Seine in Eberswalde ausgestellten Bilder zeigen vor allem die Motive Ei, Labyrinth und Leiter. Alle drei Motive symbolisieren das Leben: das Ei steht für das beginnende Leben, das Labyrinth für Findung des eigenen Weges, und die Leiter für die Überwindung von Hindernissen. Alexis Fernández Arce möchte aber, daß jeder Betrachter die Bilder für sich selbst interpretiert.

Zu den Rednern gehörte auch der Kulturattaché der Botschaft Kubas in der BRD, Héctor Corcho Morales. Er bedankte sich zunächst bei Cuba Sí Bernau und den anderen Organisatoren für deren Bemühungen, einen kubanischen Künstler auszustellen. Mit dem Hinweis, daß dies bereits die dritte Ausstellungseröffnung kubanischer Künstler in diesem Jahr sei, die er besucht, wies er darauf hin, daß die kubanische Kultur seit 2011 immer stärker in der BRD vertreten sei. Dies läge an der hohen Qualität der kubanischen Künstler. Der Kulturattaché hofft in Zukunft auf weitere Ausstellungen kubanischer Künstler im Eberswalder Kreishaus.



Für die musikalische Auflockerung zwischen den Reden sorgte Justo Pérez auf der Querflöte. Pérez studierte in der DDR und spielte dann u.a. in der Orquesta Sinfónica Nacional in Havanna.

Zum Abschluß der Vernissage kam der Maler selbst zu Wort. Alexis Fernández Arce bedankte sich bei Cuba Sí, die nicht nur diese Ausstellung ermöglichten, sondern ihn immer unterstützten, wenn er in der BRD weilte. Dann lud er die Gäste zu einem ersten Rundgang ein.

Die Ausstellung, bei der auch Bilder zweier anderer Maler zu sehen sind, läuft noch bis zum 19. Februar. Vom 13. bis 15. Februar steht Alexis Fernández Arce für Gespräche über seine Bilder, aber auch über Kuba bereit. Am 14. und 15. findet jeweils ab 10 Uhr zudem ein Symposium statt, bei dem man ihm und fünf weiteren lateinamerikanischen Künstler bei der Arbeit über die Schultern blicken und mit ihnen ins Gespräch kommen kann.

SILKE MARKMANN

## Peter-Sodann-Bibliothek

Eine Sammlung der von 1945 bis 1990 in der SBZ/DDR verlegten Literatur mit mehr als 500.000 Bänden in Staucha bei Riesa. Der Initiator Peter Sodann und der Förderverein Peter-Sodann-Bibliothek e.V. ([www.psb-staucha.de](http://www.psb-staucha.de)) freuen sich über weitere Mitglieder und Sponsoren zur Unterstützung einer einzigartigen Bibliotheksinitiative. **KARL DIETZ**

## Eine eigener Freiraum

**Eberswalde (bbp).** Der Freiraum Eberswalde hat neue Räumlichkeiten im Eberswalder Zentrum bezogen. Am 29. Januar trafen sich Freiraum-Interessierte erstmals in den Räumen in der Eisenbahnstraße 84, im Hinterhaus des Evangelischen Gemeindezentrums. Nachdem im Mai 2012 im Freiraum am »Medieneck« an Karl-Marx-Platz spontan ein vielseitiges Programm gestaltet wurde, war der Freiraum auf der Suche nach Räumen. Durch das Anmieten der Räume ergeben sich nun wieder Möglichkeiten für Workshops, Filme, Diskussionsrun-

den, etc. aber auch für Treffen bisher raumsuchender Gruppen und deren Vernetzung untereinander. Neben den etablierten Bestandteilen »Schenkladen« und »Volksküche« sind die Räume offen für unterschiedlichste auf ihre Umsetzung wartende Ideen.

## Kommunal-Kombi

**Eberswalde (bbp).** Am 31.12.2012 sind die letzten Stellen aus dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi ausgelaufen. Insgesamt waren im Barnim 200 Menschen über dieses Programm in eine bis zu dreijährige Beschäftigung gekommen. Um eine Fortsetzung der Stellen bei Ämtern, Gemeinden und Städten des Landkreises zu ermöglichen, stellte der Kreistag Barnim 212.400 Euro aus dem Kreishaushalt 2012 zur Verfügung. Trotz entsprechender Information der Kommunen wurde diese Möglichkeit der Förderung nicht genutzt. Da sie den bisherigen Bundesanteil hätten übernehmen müssen, war die Weiterführung der Kommunal-Kombi-Stellen für die Kommunen unattraktiv.



# Eberswalder Energieausschuß vor dem Aus?

**»Bis zum Ende der Wahlperiode..., außer die Stadtverordnetenversammlung beschließt dessen Auflösung auf Antrag einer Fraktion«, sollte gemäß Beschluß der Eberswalder Stadtverordneten vom 24.2.2011 (Beschluß-Nr. 26/281/11) der Energieausschuß seiner Tätigkeit nachgehen. Nun deuten alle Anzeichen darauf hin, daß es einen solchen Antrag auf vorzeitige Auflösung geben könnte.**

Am 5. Februar kommt der Energieausschuß zu seiner 17. Tagung zusammen. Es gibt auch eine Tagesordnung. Sie entspricht den Normierungen der Geschäftsordnung, enthält aber nur die Pflichtbestandteile. Darüber hinausgehenden inhaltlichen Bedarf sieht der Vorsitzende des Ausschusses, Götz Trieloff (FDP) nicht. Auch der zuständige Dezernent Bellay Gatzlaff sieht offensichtlich keinen weiteren Beratungs- und Entscheidungsbedarf. Beschlußvorlagen gibt es nicht. Eben ein Ausschuß, in dem es nichts zu beraten und zu entscheiden gibt.

Doch auf der jüngsten Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 13. Dezember gab es erhebliche Diskussionen und beinahe eine Kampfabstimmung über die bisherige Entscheidung zur Konzessionsvergabe der Wegenutzungsrechte für die Gasversorgung. Über eine Entscheidung, die maßgeblich vom Energieausschuß empfohlen worden war. Nur das Eingreifen des Bürgermeisters und der Vorschlag, ein weiteres Gutachten einzuholen, verhinderte die Kampfabstimmung.

Über die Strom-Konzessionen war bereits am 27. September 2012 kontrovers und in namentlicher Abstimmung gegen das Votum des Energieausschusses entschieden worden. Eine Brückierung der Ausschußmitglieder, die die nachfolgende Ausschußsitzung nutzten, um ihrem Unmut Luft zu machen und generell die Sinnfälligkeit des Ausschusses in Frage zu stellen. Besonders übel stieß ihnen auf, daß Bürgermeister Boginski vor jener StVV einen Telefonrundruf gestartet haben soll, um auf das Stimmverhalten von Abgeordneten zum Thema Konzessionsvergabe Einfluß zu nehmen, während er sich in den Debatten um Energiefragen vor Stellungnahmen stets drückt.

Nun hat sich der fraktionslose Stadtverordnete Dr. Hans Mai entschieden, sein Mandat im Ausschuß und als stellvertretender Vorsitzender niederzulegen. Das ist nur allzu verständlich. Er hatte damals den Anstoß für die Bildung des Energieausschusses gegeben. Zusammen mit anderen Abgeordneten und interessierten Bürgern initiierte er eine Arbeitsgruppe Energiewirtschaft, um den Prozeß der anstehenden Netzvergabe fachlich zu unterstützen. Daraus entsprang dann der Energieausschuß der StVV, beschlossen auf Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Fraktionslosen und Dr. Hans Mai.

Der Energieausschuß hatte jedoch von Anfang an schlechte Karten. Nur 19 Stadtverordnete stimmten für seine Gründung. Die mangelnde Unterstützung zeigte sich später in allen Debatten und energiewirtschaftlichen Entscheidungen. Mit dem FDP-Abgeordneten Götz Trieloff wurde zudem jemand zum Ausschußvorsitzenden bestimmt, der seine Abnei-

gung gegen eine Rekommunalisierung nur sehr schwer verbergen konnte.

Auch die Begleitung durch die Verwaltung in persona des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff kann nur als kontraproduktiv bewertet werden. Er suchte und fand stets Wege, Entscheidungsvorschläge des Ausschusses ins Leere laufen zu lassen oder zu boykottieren.

Beispielsweise hatte der Energieausschuß eine Beteiligung der Technischen Werke GmbH (TWE) an der Ausschreibung für die Energienetze vorgeschlagen. Als Beteiligungsmanager ist er auch für die TWE zuständig, die prompt ein Gutachten bestellten, das als Ablehnung der Beteiligung interpretiert wurde. Allerdings enthielt das Gutachten eine solche Aussage gar nicht. Vor allem ist zu fragen, wie so dieses Gutachten überhaupt bestellt wurde, ohne den Energieausschuß zu involvieren. Warum ließ Gatzlaff zu, daß in dieser für die TWE wichtigen Angelegenheit die Stadtverordnetenversammlung nicht beteiligt wurde? Diese Frage richtet sich zugleich und gerade auch an den Bürgermeister Boginski, der kraft seines Amtes die Stadt als Gesellschafter der TWE vertritt.

Nun liegt den Mitgliedern des Ausschusses für Energiewirtschaft eine »Rechtsmeinung zum Fragenkatalog«, d.h. zu einer Reihe Fragen des Verwaltungsdezernenten Gatzlaff zum Konzessionsverfahren Gasnetz, vor. Ein Kommentar der Verwaltung dazu fehlt. Die »Rechtsmeinung« ist nicht einmal Tagesordnungspunkt der kommenden Ausschußsitzung. Wahrscheinlich wird der Verwaltungsdezernent den Punkt »Informationen aus der Verwaltung« nutzen, um seinen Kommentar abzugeben. Die »Rechtsmeinung« wird so zu einer Art Tischvorlage, mit der man Gegenmeinungen ausbremst.

Dabei hat es diese »Rechtsmeinung« in sich. Selbst Rechtsunkundige erkennen schnell, daß trotz des Stadtverordnetenbeschlusses über die Vergabe der Wegenutzungsrechte an die Firma Alliander von den Rechtsanwälten festgestellt wird, daß bisher noch gar keine Vergabe erfolgte. Eine klare Mißachtung des Willens der Stadtverordnetenversammlung.

Nun wird versucht, die Vergabeentscheidung in einen Beschluß umzudeuten, der lediglich den Bürgermeister mit einer »Endverhandlung« des Wegenutzungsvertrages beauftragt habe. Mit derartigen Verkläusulierungen versucht der Dezernent unliebsame Beschlüsse auszuhebeln.

Die in der »Endverhandlung« gestellte Forderung an Alliander, ab 1. Januar 2012 Konzessionsabgabe an die Stadt zu zahlen, obwohl zu diesem Zeitpunkt das Gasnetz noch gar nicht übergeben wurde (und auch nicht übergeben werden konnte), entbehrt einer rechtlichen

Grundlage. Dies kann nur als Versuch gewertet werden, Alliander als unsicheren Geschäftspartner für die Stadt darzustellen und eine andere Vergabeentscheidung zu erwirken.

Die »Rechtsmeinung« rechtfertigt an keiner Stelle den unterlassenen Vertragsschluß mit Alliander. Sicher ist nur, daß mit einem weiteren Gutachten städtisches Geld verschleudert wurde. Die geschilderte Situation macht nur zu verständlich, daß Energieausschußmitglieder die Nase von solchen Praktiken voll haben. Dr. Mai hat seinen Austritt erklärt. Andere Ausschußmitglieder und sachkundige Einwohner denken darüber nach. Das gibt Wasser auf die Mühlen jener, die den Ausschuß ohnehin auflösen wollen.

Man wird sehen, welche politischen Kräfte in der Stadtverordnetenversammlung sich für die weitere Arbeit des Ausschusses stark machen und für die energiewirtschaftlichen Interessen der Bürger eintreten. Es wird sich zeigen, ob sich der Bürgermeister und die verantwortlichen Mitarbeiter der Stadtverwaltung pro oder kontra Energieausschuß und Rekommunalisierung einsetzen. Die Probleme um den Energieausschuß machen erhebliche demokratische Defizite in der Stadt Eberswalde deutlich. Statt über eine Auflösung des Ausschusses nachzudenken, gilt es, die gravierenden Demokratiedefizite auszuräumen.

ALBRECHT TRILLER

## Traurig

Unser langjähriger Mitstreiter **Thomas Lehmann** ist am 22. Januar überraschend gestorben, am vorangegangenen Sonnabend war er noch unter den Gästen von Guten-Morgen-Eberswalde zu entdecken. Er wurde nur 58 Jahre alt.

Über zwei Jahrzehnte hat Thomas für das *Begegnungszentrum Wege zur Gewaltfreiheit e.V.* das Beratungsangebot für Kriegsdienstverweigerer in Eberswalde mit Leben erfüllt und stand ungezählten jungen Menschen in Gewissenskonflikten zur Seite. Er war aktiv im In- und AusländerInnenkreis und in der Kampagne »Light me Amdeu«.

Und als Mitglied des Begegnungszentrums gehörte er natürlich auch über lange Jahre zu den Aktivisten in der legendären Garage, auf den Festivals »Jazz in E.« und »Purpur«. Vielen wird er auch als Weihnachtsmann unseres neuen »Kulturweihnachtsmarktes« in Erinnerung bleiben.

Thomas war selbstlos, uneigennützig, bescheiden, ein sehr Guter! Es ist traurig, daß er nicht mehr da sein wird.

UDO MUSZYNSKI

## Brachfläche nutzen

**Eberswalde (bbp).** In der Cottbuser Straße in Eberswalde wurde vor Jahren »zurückgebaut«. Nicht nur Wohnungen, sondern auch Parkplätze. Das Thema spielte bereits im Sommer vorigen Jahres beim gemeinsamen Rundgang des Ortsvorstehers des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn mit der neuen WHG-Führung eine Rolle.

Besonderes Interesse an einer Nutzung der entstandenen Brachfläche gibt es seitens der Kita »Arche Noah«, vor deren Eingang sich der inzwischen in der Vegetationsperiode von zahlreichen Wildkräutern eroberte einstige Parkplatz befindet. Jenny Wörpel vom dort ansässigen Eltern-Kind-Zentrum könnte sich beispielsweise vorstellen, die Fläche zu einem »Familienwald« aufzuwerten. Mit Hilfe des regen ehrenamtlichen Engagements des Ortsvorstehers konnten Kontakte zur Hochschule und der Stiftung WaldWelten geknüpft werden. Gemeinsam könnten hier Möglichkeiten für eine praxisnahe Umweltbildung und -erziehung für die Kita-Kinder und deren Eltern geschaffen werden. Im Februar wollen sich alle Beteiligten zu einem »Vor-Ort-Termin« treffen, um Nägel mit Köpfen zu machen.

## Pragmatische Lösung

**Eberswalde (bbp).** Seit Anfang 2012 gehören die einstigen »Magnat«-Wohnungen im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde der TAG Immobilien AG. Als die Mieterinnen und Mieter kürzlich die Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2011 erhielten, war das für manche mit Ärger verbunden. Die fälligen Erstattungen zuviel bezahlter Betriebskosten wurden nämlich nicht wie üblich mit den aktuellen Mietzahlungen verrechnet, weil dafür ja noch der ehemalige Eigentümer zuständig war.

Problematisch war das vor allem für jene, die Hartz IV beziehen und aufgrund der Betriebskostenabrechnung die Leistung gekürzt bekommen – aber eben die Rückzahlung gar nicht in die Hand kriegen.

Die BBP-Redaktion war von einem betroffenen Einwohner darauf aufmerksam gemacht worden. Auf unsere Bitte hin wandte sich Ortsvorsteher Carsten Zinn unverzüglich an Hendryk Lietzmann, Leiter Immobilienmanagement bei der TAG. Der konnte Entwarnung geben: »Dieses Thema ist bereits geklärt. Wir haben uns mit der Zweiten Magnat auf eine pragmatische Vorgehensweise geeinigt und werden diese Dinge untereinander verrechnen. Dies bedeutet, daß die Mieter, die ein Guthaben aus der Umlagenabrechnung haben, dieses Guthaben mit der Miete verrechnen können bzw. ausbezahlt bekommen. Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß es auf dem Mietenkonto keine Rückstände gibt.«

Die Auszahlung der Guthaben sollte nach Angaben von Lietzmann bis Ende Januar erfolgen. Der betroffene Einwohner hat inzwischen glücklich mitgeteilt, daß sein Problem gelöst ist.

## Basis setzt auf Kontinuität

*Linke kürten Bundestagskandidaten für Wahlkreis 57*

**Angermünde (bbp).** Genauer gesagt, sie kürten ihre Wahlkreiskandidatin. Mit 81 Stimmen bei 123 anwesenden Mitgliedern der Linken aus dem Landkreis Uckermark und dem Eberswalder Teil des Landkreises Barnim erhielt die Amtsinhaberin Sabine Stüber bereits im ersten



Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit. Ihre Mitbewerber Dr. Michael Luthardt und Jens Schröder hatten mit 22 bzw. 19 Stimmen keine Chance. Eine Stimme war ungültig.

In der Vorstellungsrunde machte der Barnimer Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt sowohl inhaltlich als auch rhetorisch den überzeugendsten Eindruck. Das spielte aber letztlich keine Rolle, da die Basisvertreter mehrheitlich auf Kontinuität setzten. Sabine Stüber wurde von mehreren Diskussionsrednern bescheinigt, daß sie nach anfänglichen Schwierigkeiten zunehmend den Draht auch zur Basis der Linken vor allem in der Uckermark gefunden habe. Ob diese Einschätzung auch die Wählerinnen und Wähler teilen, wird sich im 22. September zeigen.

## Photovoltaikanlage in Britz

**Britz (bbp).** In unmittelbarer Nachbarschaft der EWG Eberswalder Wurst GmbH soll demnächst eine Photovoltaikanlage entstehen. Der entsprechende Bebauungsplan wird derzeit in der Britzer Gemeindevertretung behandelt. Die Anlage soll eine Fläche von etwa 13,2 Hektar umfassen. Das Plangebiet gliedert sich in vier Teilflächen, die sich alle auf dem Gelände des ehemaligen Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde (SVKE) befinden

und seit vielen Jahren brach liegen. Die Wohnbebauung an der Kirchstraße liegt vom westlichen Solarfeld etwa 100 Meter entfernt. Teilweise müssen Gebäude abgerissen werden, in denen früher technische Anlagen der Wurst- und Fleischwarenproduktion untergebracht waren. Ein Bedarf zur weiteren Nutzung dieser Gebäude wird nicht gesehen. Dies werde durch den mehrjährigen Leerstand und den Verfall der Gebäude deutlich.

## Preis »Soziale Stadt 2012« an den SSM

Der Verein SSM Sozialistische Selbsthilfe Mülheim\* hat am 24. Januar in Berlin den Preis »Soziale Stadt 2012« erhalten. Die Jury hob hervor, daß auch »lange bevor der Begriff 'Soziale Stadt' zu einem Synonym für Stadtteile »mit besonderem Entwicklungsbedarf« wurde, sich hier engagierte Menschen aufgemacht haben, um aus eigener Kraft ihre eigenen Lebensverhältnisse wie auch die von anderen dauerhaft zu verbessern. Die Jury zeigte sich beeindruckt von »dem hohen Engagement, der Selbstmotivation, und der beharrlichen Ausdauer, mit der die 'Sozialistische Selbsthilfe Mülheim' basisdemokratisch lokale Ökonomie vor Ort gestärkt und weiterentwickelt, Projekte zur Hilfe und Selbsthilfe aufgebaut und ihr Quartier damit stabilisiert hat.« In kooperativer Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Institutionen konnten aus Hilfebedürftigen selbstbewußte Beitragende für das Gemeinwesen werden, kreativ über die scheinbaren Grenzen ihrer Möglichkeiten hinaus.

Wir vom SSM sind stolz auf diesen Preis gerade in Zeiten, wo sich die Stadtverwaltung Köln unter Leitung von Jürgen Roters und Maria Kröger beharrlich weigert, in eben diesem Programmgebiet »Soziale Stadt«, grundlegende Projekte wie zum Beispiel »Neue Arbeit für Mülheim« umzusetzen. Der SSM wird sich nun an die Ministerpräsidentin wenden, um zu erreichen, daß die Stadt Köln endlich angewie-

sen wird, ihrer selbst eingegangenen Verpflichtung zur Umsetzung vom Programm Mülheim 2000 nachzukommen und Fördermittel in Millionenhöhe nicht weiter verfallen zu lassen.

Der Wettbewerb »Soziale Stadt« wurde zum siebten Mal ausgelobt und ist eine gemeinsame Initiative vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Mieterbund, der Arbeiterwohlfahrt und anderen Einrichtungen, unterstützt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Mit dem Preis sollen Initiativen und Projekte in Stadtteilen gefördert werden, welche häufig mit Gewalt, Vandalismus und Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht werden. Es wurden diesmal 171 Wettbewerbs-Beiträge eingereicht und zehn herausragende Beispiele sozialen Engagements zur Verbesserung von Nachbarschaften mit einem Preis ausgezeichnet.

Wir danken den vielen Menschen, die sich neben und mit uns für mehr Selbsthilfe und Lebensqualität im Stadtteil eingesetzt haben und einsetzen. Leider bleibt noch viel zu tun. Mülheim voran.

HEINZ WEINHAUSEN, SSM

\* Mülheim ist ein Stadtteil von Köln. Über den SSM, dessen Anfänge in den frühen 1970er Jahren liegen, hat die »Barnimer Bürgerpost« in der Vergangenheit mehrfach berichtet. Weitere Informationen unter [www.ssm-koeln.org](http://www.ssm-koeln.org).



## Höchstspannung quer durch die Stadt **SPD-Klausur Bildung**

**Eberswalde (bbp).** Zwischen dem Brandenburgischen Viertel und Finow-Ost soll eine 380-Kilovolt-Freileitung gebaut werden, die sogenannte »Uckermarkleitung«. Die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren liegen seit Mitte Januar bereits zum drittenmal im Eberswalder Rathaus aus, nach dem Herbst 2010 und dem Sommer 2012. Die vielen begründeten Einwände zwangen den Netzkonzern 50 Hertz Transmission jedesmal zu Umplanungen, weshalb nun eine Neuauflage des Beteiligungsverfahrens notwendig wurde.

Die Auslegungs- und Einwendungsfrist endet am 6. März. Außer im Rathaus können die umfangreichen Planungsunterlagen auch im Internet auf der Homepage des Landesbergamts ([www.lbgr-brandenburg.de](http://www.lbgr-brandenburg.de)) eingesehen werden. In Eberswalde sind insbesondere die Bewohner der Schwärzeseestraße und des Kopernikusrings betroffen. Hier werden die Mindestabstände zur Wohnbebauung zum Teil deutlich unterschritten.

Die Bürgerinitiative (BI) »Nicht über unsere Köpfe!« bietet Einwendungswilligen Hilfe bei der Wahrung ihrer Beteiligungsrechte an ([www.trassenfrei.de](http://www.trassenfrei.de)). Der Finower Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker hat angekündigt, ein Vor-Ort-Treffen mit der BI und dem Stadtentwicklungsam zu initiieren.

Die Eberswalder Stadtverordneten haben bereits vor einigen Jahren in einem Beschluß gefordert, daß die Leitung im Stadtgebiet als Erdkabel verlegt wird.

Der Netzbetreiber 50 Hertz Transmission hat immer noch nicht die Machbarkeitsstudie, die angeblich der Ablehnung der Erdverkabelung zugrunde liegt, veröffentlicht. Auch die Kalkulation der Mehrkosten wurde noch nicht

veröffentlicht. »50 Hertz Transmission spricht zwar gerne von Transparenz, hält aber doch viele Ergebnisse seiner Untersuchungen unter Verschuß. Vertrauen wird so nicht erworben«, meint Hartmut Lindner von der BI. Die Erklärung von 50 Hertz Transmission im März 2012, an der Freileitungsplanung in Eberswalde festzuhalten, sei eine arge Brückierung der Stadt gewesen.

Die konkret vorliegende Umplanung ist im Grunde nicht so bedeutsam. Aufmerksamkeit verdient besonders der aktualisierte Landschaftspflegerische Begleitplan. Hier werde, so Lindner, besonders im Kapitel 2 »Bestandserfassung und Bewertung« sehr übersichtlich dargestellt, »daß die geplante 380-kV-Freileitung wichtige Schutzgebiete durchschneidet und dadurch die hochwertige Vogelbestände gefährdet«.

Auch durch die neuerliche Mastverschiebungen zwischen den Masten Nr. 244 und 251 könne eine Gesundheitsgefährdung der Anwohner nicht ausgeschlossen werden. »Die Umplanung ist also kein Grund zur Entwarnung«, warnt die BI und appelliert zugleich an die Einwohner von Eberswalde ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen.



## Sprecherratswahl »Soziale Stadt« im März

**Eberswalde (bbp).** Am 3. Dezember sollte ursprünglich der Sprecherrat »Soziale Stadt« für das Brandenburgische Viertel neu gewählt werden. Das entsprechende Bund-Länder-Programm sieht ein solches Gremium zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger von im Fördergebiet tätigen Einrichtungen und Institutionen vor.

Einen Tag vor der angesetzten Wahl sagte die Sprecherratsvorsitzende Aileen Schlemmer jedoch den Wahltermin ab. Wegen einer Erkrankung könne sie nicht teilnehmen, weshalb die Wahl doch bitteschön um eine Woche zu verschieben sei. Mitarbeiter der Stadtverwaltung absolvierten am vorgesehenen Wahlabend Pförtnerdienste, um ahnungslose Veranstaltungsteilnehmer über den Ausfall der Veranstaltung zu informieren. In der nächsten Woche blieb der Sprecherrat weitgehend unter sich. Die meiste Einwohnerinnen und Einwohner des Viertels wußten vom neuen Termin nichts. Das Ansinnen der Vorsitzenden, unter diesen Bedingungen die Sprecherratswahl

durchzuführen, wurde nach einiger Diskussion abgewiesen. Die anwesenden Sprecherratsmitglieder einigten sich schließlich darauf, die Neuwahl auf den März 2013 zu verschieben und alle zur Verfügung stehenden Informationswege zu nutzen, um möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner zu beteiligen.

Auf seiner Januar-Sitzung legte der Sprecherrat Mittwoch, den 20. März, 17.30 Uhr, als neuen Termin für seine Neuwahl fest. Dabei wird nur einen Teil der Sprecherratsmitglieder gewählt. Dafür kandidieren dürfen Einwohnerinnen und Einwohnern des Fördergebietes »Soziale Stadt« (umfaßt das Brandenburgische Viertel ohne die Osterweiterung) und Menschen, die sich im Brandenburgischen Viertel aktiv engagieren. Ein anderer Teil des Sprecherrats sind Vertreter bestimmter Organisationen und Einrichtungen, die im Viertel engagieren. Dazu gehören die Wohnungsunternehmen, die evangelische Kirchengemeinde Finow, der Seniorenbeirat, das Kinder- und Jugendparlament und andere.

**Eberswalde (bbp).** Am 12. Januar traf sich die Fraktion der SPD in der Stadtverordnetenversammlung im Wald-Solar-Heim zu einer Klausurberatung. »Unsere Fraktion hält regelmäßig am Anfang des Jahres eine Auftakt-Fraktionsitzung ab«, informierte SPD-Fraktionsassistent Richard Bloch. »Im Rahmen dieser wird sich intensiver eines einzelnen Themas angenommen. Die Jahresauftaktklausur 2013 widmete sich dem Thema Bildung.« Zusammen mit Gästen aus Verwaltung, Bürgerschaft und interessierten Parteimitgliedern berieten die Volksvertreter nach einem Auftaktplenum in Arbeitsgruppen zu den Themen Schule/Kita, Jugend und Familie.

Als Probleme im Bildungswesen registrierten die Klausurteilnehmer zum einen eine ungenügende Vernetzung der Bildungsträger, Initiativen, Elternvertreter und der politischen Akteure sowie eine mangelhafte Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Qualifizierungsmöglichkeiten für die Beschäftigten. Fraktionsvorsitzender Hardy Lux nannte die städtischen Jugendclubs sowie die Fachkabinette an einigen Schulen als Beispiel dafür. Kritisiert wurde zudem die mangelnde Bildungsgerechtigkeit.

Besserung wird sich von durchmischten Klassen, mehr Familienbildungsangebote sowie einer direkten Ansprache von Familien und einer Entbürokratisierung von Hilfemöglichkeiten versprochen. Vieles davon könne auch im Handlungsrahmen der Kommune realisiert werden. Vom FDP-Bürgermeister Friedhelm Boginski erwarten die Sozialdemokraten auf dem Bildungssektor das gleiche Engagement, wie bei der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Bildung sei längst zum »harten Standortfaktor« geworden, meinte Lux. Angeregt wurde die Schaffung einer zusätzlichen Sozialarbeiterstelle in der Stadt.

Konkrete Ideen äußerten die SPD-Politiker für das Brandenburgische Viertel als Gebiet mit besonderen sozialen Herausforderungen. So könne die Grundschule Schwärzeseesee zu einer »Stadtteilschule« werden, welche bestimmte Zielgruppen besser erreicht. »Stadtteilschule« bedeute, »daß die Schule zum sozialen und kulturellen Mittelpunkt des Stadtteils entwickelt« werde. Hier könne die Schwärzeseeschule zum Modellprojekt werden. Während die Schule selbst bisher nicht in die Überlegungen einbezogen ist, war auf der SPD-Klausur in diesem Zusammenhang von einer Stärkung und Einbeziehung des Quartiersmanagement die Rede. Die »Qualifizierung des Quartiersmanagements« war im Dezember der Hauptpunkt des Stadtverordnetenbeschlusses zum sogenannten »Verstetigungskonzept«, in welchem die Grundschule nicht vorkommt.

**Barnimer Bürgerpost**

**abonnieren!**

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

## »Der Grumsin«

**Eberswalde (mel).** Am 16. Januar fand im Eberswalder Café am Weidendamm eine Buchlesung statt. Das Ende des vergangenen Jahres in der Verlagsbuchhandlung Ehm Welk in Angermünde erschienene Buch »Der Grumsin« wurde von den Autoren Dr. Tilo Geisel, Dr. Michael Egidius Luthardt und Roland Schulz vorgestellt und Teile daraus gelesen.

Das Buch ist das erste, welches sich dem im Jahr 2011 in die UNESCO-Weltnaturerbeliste aufgenommenen Waldgebiet zwischen Ziethen und Altkünkendorf widmet. Getragen wird es von einzigartigen Farbfotos mit überraschenden Sichtweisen. Der Buchenwald, welcher seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr bewirtschaftet wird, zeigt sich im Verlauf der Jahreszeiten in vielen Facetten.

Aber auch die Geschichten von den Leuten, die seit vielen Jahren dort in und mit dem Wald leben, sind sehr anrührend und authentisch. Das Buch hat in der Region und auch schon national und international für Aufsehen gesorgt.



Dr. Tilo Geisel, Dr. Michael Egidius Luthardt, Roland Schulz: DER GRUMSIN – UNESCO-Weltnaturerbe »Alte Buchenwälder Deutschlands«, 184 Seiten, 21,0 x 29,7 cm, 1. Aufl. 2012, deutsch/englisch, ca. 200 z.T. einzigartige Farbfotos. ISBN 978-3-943487-00-8, Verlagsbuchhandlung Ehm Welk, 29,95 Euro.

## Prozeßkostenhilfe

Die Erwerbslosen in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sammeln derzeit Unterschriften für eine Petition an den Bundestag gegen die massive Einschränkung der Prozeßkostenhilfe. Der ungehinderte Zugang zu einem Rechtsanwalt soll für einkommensarme Menschen praktisch unterbunden werden. Unter den Zielvorgaben der Landesjustizverwaltungen sollen die Rechtsschutz suchenden Personen bei den Gerichten »abgefangen« werden: Gerichtsschreiber sollen zukünftig vorab entscheiden, ob die einfache anwaltliche Beratungshilfe zugänglich gemacht wird oder nicht. Damit ist die »Gewaltenteilung« für einkommensarme Menschen praktisch abgeschafft. Insbesondere die Prozeßkostenhilfe bei den Familiengerichten soll drastisch reduziert werden. Davon sind besonders Frauen und ihre Kinder betroffen. Der Zugang zur Beratungs- und Prozeßkostenhilfe soll also insbesondere für Frauen, prekär Beschäftigte und Erwerbslose eingeschränkt werden. Also genau diejenigen, die auf Rechtshilfen angewiesen sind. Für die Aufrechterhaltung eines freien Zugangs zum Rechtsstaat wollen wir deswegen erneut eine Unterschriftenaktion machen.

ULLA PINGEL,

Vorsitzende ver.di-Bundeserwerbslosenausschub

# Breitband auf dem Land

Das Thema Breitbandversorgung im ländlichen Raum ist nach wie vor in einigen Regionen unseres Landkreises kritisch. Nach dem Auslaufen des Landesförderprogrammes sind noch viele »weiße Flecken« auf der Netzkarte verblieben, die wegen des Ungleichgewichtes zwischen Kosten und Nutzung bisher nicht geschlossen wurden. Inzwischen gibt es Neuigkeiten aus dem Brandenburgischen Wirtschaftsministerium, die zumindest auf einen weiteren Ausbau der ländlichen Regionen mit

Breitband hoffen lassen. Ich möchte daher alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem Informationsgespräch zur weiteren Gestaltung der Breitbandversorgung mit den Versorgerunternehmen, wie z. B. die Deutsche Telekom und Vodafone Deutschland sowie einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums einladen. Diese Veranstaltung findet am 20. Februar um 17 Uhr im Gut Stolzenhagen, Gutshof 3 in 16248 Stolzenhagen statt.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

## Geil! – Platzecks stolze Landesliste

**Seine Lieblingsvokabel ist »geil«. Vor Jahren teilte er dem deutschen Volke per BILD mit, erhebe sich liften lassen. Und zwar am Hintern.**

Als Dynamo Dresden noch in den unteren Ligen dümpelte, schleimte er auf die Mannschaftsführung zu und machte sich erbötig, dem Verein eine Hymne zu widmen. »Unseren Ruf ruinieren wir allein«, bekam er zu hören.

Mit Wonne drängt er sich in die peinlichsten Shows der Primatensender, wo er keine Gelegenheit ausläßt, Schlüpfiges auszustoßen von der Sorte, die unter vorpubertären Kindern schon längst vergessen ist. Die Silikonbrüste seiner Frau nennt er Möpfe, und er zerrt die Hundehalterin gern mit vor die Kameras. Dann geben beide, wenn ein gedungener Reporter etwa nach ihrem Paarungsverhalten fragt, präzise Auskunft. Während es (laut Super-Illy) im Hause der unsäglichen Dagmar F. schon mal der Küchentisch sein kann, verüben die beiden, was sie Spontansex nennen, nicht nur auf hartem Gemöbel, sondern auch im Tiefschnee, unter Wasser und im Kornfeld. Selbst ein ICE-Klo soll, sagen sie, schon Tatort gewesen sein. Wer's mag...

Neben einem Hang zu Extra-Ordinären zeichnet den schmierigen Clown, von dem die Rede ist, auch ein Hang zu Monarchie und Adel aus. Denn immer mal wieder klemmt er sich eine Messingkrone auf das fettige Haupthaar oder wirft sich einen Mantel aus Hermelinwebpelz um. So ausgestattet, läßt er, vorzugsweise in der mallorcinischen Kulturhochburg »Ballermann«, liedähnliche Töne aus sich heraus, die stockbesoffene Frohnaturen aus dem Ruhrpott nachbrüllen. Tritt er, was bisher weder de Kinderschutzbund noch das Bildungsministerium verhindert haben, vor Minderjährigen auf, läßt er sich, was er natürlich geil findet, »Onkel Jürgen« nennen. So isser halt – der Jürgen Drews. Einer der Schmuddelbarden, die sich große Verdienste erworben haben bei der Verblödung und Hirnblasung vieler im Dichter- und Denkerland.

Jetzt die jähle Wendung: Irgendeiner in der Landesregierung – nach dem Täter wird noch gesucht – kam auf die geniale Idee, den miserablen Ruf Brandenburgs (Wölfe, Nazis, Windparks) durch eine Liste lauter Prominenter aufzuflotten. 300 vorwiegend weniger, aber auch einige bekanntere Exemplare werden nun hin-

und erhalten, der Welt zu zeigen, wo der rote Adler emporsteigt. Natürlich geht es mit dieser Agitprop-Maßnahme eigentlich um Hotelbetten, Tropicisland-Besucher, reiche Idioten von sonstwoher, die für eine frische Flunder aus dem Werbellinsee auf Heidekraut 50 Euro blechen, um Tore, die vestieren in Golf- oder Regionalflugplätze usw. Daß in der Berühmtheitentabelle ein gewisser Wolfgang Joop (Doppeloh) erscheint, mag man noch hinnehmen, hat der wangengeglättete ewige Jungmensch doch einen gewissen Ruf – landesweit – durch einen Dauerstreit mit einer gewissen Jette, seiner Tochter, erlangt. Bedenklicher schon wird es, wenn jemand, der, wird behauptet, mal ein passabler Boxer gewesen sein soll, heute aber als Mützenträger i.A. der Firma Fackelmann von Event zu Event tingelt und auch keine Kaufhalleneröffnung ausläßt, berufen wird, den märkischen Sand in Goldstaub zu verwandeln.

Aber, man ahnt es längst und sträubt sich doch, es zu glauben – auch Onkel Jürgen ist gelistet worden. Nicht etwa in einer denkbaren Rubrik »Wofür sich Brandenburg schämt und entschuldigt«, sondern ganz im Ernst. Geil! Da seine Eltern bedauerlicherweise auf Verhütungsmittel verzichteten, ward ihnen ein Knäblein geboren, aus dem später der Gossenjunge werden sollte. In Nauen war das. Die an sich schon triste Stadt ist nun mit dem Makel für immer behaftet, Geburtsort des »Königs von Malle« zu sein. Daß eine Initiativgruppe insgeheim daran arbeitet, im Geburtenregister der Stadt seinen Namen zu überkleben, muß als Beispiel engagierten Bürgerverhaltens gewertet werden.

Daß es im gelobten Lande Brandenburg immer mal wieder personale Merkwürdigkeiten gab, ist hinlänglich bekannt. Erinnert sei an die ewige Duldung Jörg Schönbohms als Minister, an den Jubelempfang für das Idiotenidol Schwarzenegger, an jenen SPD-Ehrenmann, der die Alimente für sein außereheliches Kind von der Steuer absetzte. Deutschlandweit neu und bisher einmalig ist aber, einen gelifteten Hintern zum Ruhme eines Bundeslandes zu nutzen. So tief kann doch unser geliebtes Brandenburg nicht in der Scheiße stecken...

Dr. STEFFEN PELTSCH



## Einwohnerantrag in Panketal

»Für eine sozialverträgliche Kostenbeteiligung im Trinkwasserbereich«

**Panketal (bbp).** Die Panketaler Bürgerinitiative »Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser« hat am 1. Februar mit der Sammlung von Unterschriften für einen Einwohnerantrag begonnen. Darüber berichtet Stefan Stahlbaum in seinem Blog »world wide Brandenburg«. Neben ihm gehören Carola Wolschke, Christel Zillmann und Dr. Reiner Jurk zu den Initiatoren der Aktion.

Die Panketaler Gemeindevertretung hatte mit ihren jüngsten Entscheidungen den Weg frei gemacht, daß noch im Jahr 2013 die Grundstückseigentümer in Abhängigkeit von der Grundstücksgröße einen Anliegerbeitrag für die Trinkwassererschließung zu zahlen haben. Diese Anliegerbeiträge in Höhe von 1,10 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche haben alle zu zahlen, bei denen nicht der Nachweis erbracht werden kann, daß sie nach dem 3. Oktober 1990 einen entsprechenden Beitrag geleistet haben. Das betrifft nicht nur alle Grundstücke, die bereits vor dem 3. Oktober 1990 erschlossen waren, sondern auch die meisten Grundstücke in den späteren Erschließungsgebieten.

Für das Beitragsmodell zahlt auch die Gemeinde einen Anteil. 251.000 Euro sind im Gemeindehaushalt dafür eingeplant. Diesen Anliegerbeiträgen steht das vage Versprechen gegenüber, daß im ersten Folgejahr eine Reduzierung der Mengengebühr je Kubikmeter Trinkwasser von bis zu 0,60 Euro eintreten könnte. Anschließend kann die Gebühr aber wieder kontinuierlich steigen.

## Eintopf mit vier Prominenten

Beim samstäglichen Einkaufsbummel durch die Innenstadt kehrten viele Bernauerinnen und Bernauer auch auf einen Sprung in den Gasthof »Zum Zickenschulze« ein. Dort konnten sie sich ab 12 Uhr bei einer »Eintopf-Matinee« von vier prominenten Köchinnen und Köchen den Teller füllen lassen. Der Einladerin Dr. Dagmar Enkelmann zur Seite standen dabei an der Suppen-Theke Karina Berg von der East-Side-Fun-Crew, Lutz Sachse von der SG Empor Niederbarmin sowie Jörg Düring vom SSV Lok Bernau.

Bereits zum drittenmal fand die Suppenmatinee in Bernau statt und – wie es sich für eine solche Aktion gehört – diente sie erneut einem guten Zweck. Dagmar Enkelmann servierte eine rot-grüne Paprikasuppe, Karina Berg eine Kürbiscremesuppe, Lutz Sachse reichte Borschtsch und Jörg Düring eine Möhren-Ingwer-Suppe, die sich an diesem Vormittag als der Renner entpuppte. Für einen Obolus von fünf Euro konnten die Gäste von allem probieren. Vor allem geht auch ein großes Dankeschön an das Team um den Geschäftsführer des Gasthofs »Zum Zickenschulze«, Michael Ba-

»Dies ist mit einer Reihe von weiteren Unwägbarkeiten verbunden«, argumentiert die BI. »Der Beitrag ist innerhalb eines Monats unwiderruflich zu entrichten. Eine mehrmalige Erhebung in unterschiedlicher Höhe als Erneuerungs- oder Erweiterungsbeitrag ist jederzeit möglich.« Der Einwohnerantrag hat das Ziel, zukünftig die Finanzierung auch der Investitionen ausschließlich über Gebühren abzudecken, so wie das bereits im Bereich des ZWA Eberswalde praktiziert wird. Das angestrebte Gebührenmodell, davon sind die BI-Vertreter überzeugt, werde sowohl den Bürgern als auch der Gemeinde und ihrem Eigenbetrieb »Kommunalservice Panketal« nicht nur in Sachen Rechts- und Planungssicherheit erhebliche Vorteile bringt, sondern auch finanzielle Extrembelastungen für den Einzelnen verhindern.

Die Initiatoren sehen sich inhaltlich sehr gut aufgestellt und hoffen auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. »Der Einwohnerantrag als Instrument der kommunalen Mitbestimmung«, meint Stefan Stahlbaum, »ist eine relativ unkomplizierte Möglichkeit, die Entscheidung der Gemeindevertretung zu Gunsten kostenintensiver Beitragszahlungen nochmals auf die Tagesordnung zu bringen und dann zu revidieren. Rechtlich ist ein solches Vorgehen in der Brandenburger Kommunalverfassung, sowie der Panketaler Hauptsatzung verankert. Das zunächst geplante Bürgerbegehren wäre im Erfolgsfall dann schlicht nicht mehr erforderlich. Zudem gilt es in dieser speziellen Konstellation als die angreifbarere Beteiligungsform.«  
(www.powertal.de)



ranek, der alle benötigten Zutaten kostenlos zur Verfügung stellte.

Am Ende konnte Dagmar Enkelmann einen Erlös von 170 Euro an Lutz Straube, den 2. Vorsitzenden des SV Rüdnitz/Lobetal 97 überreichen. Das Geld könne der Verein – bekannt durch seine vorbildliche Kinder- und Jugendarbeit sowie für den Behindertensport – gut gebrauchen, z.B. zur Vorbereitung des jährlichen Integrationssportfestes oder für die Ausstattung der Kinder und Jugendlichen, freute sich Lutz Straube.

BÄRBEL MIERAU

## Streiks bei der BBG?

**Eberswalde (verdi/bbp).** Im öffentlichen Nahverkehr des Landes Brandenburg wird um einen neuen Tarifvertrag gestritten. Rund 3.000 Beschäftigte sind betroffen. Auch die Barnimer Busgesellschaft (BBG) und deren Tochter Verkehrsservice GmbH gehören dazu. »Nach sechs Jahren Reallohnverlust mit Entgeltsteigerungen von jährlich nur 1,5 %, von denen Altbeschäftigten noch ein Drittel gegen den Besitzstand gegengerechnet wurde, erwarten die Mitglieder von ihrer Gewerkschaft in diesem Jahr einen Abschluß mit kurzer Laufzeit und einer deutlichen Erhöhung der Entgelte«, sagt Jens Gröger, der seitens der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als Verhandlungsführer fungiert. Bei einem Einstiegsentgelt von knapp 1.700 Euro, geht er davon aus, daß die Forderung, die laut Beschlußlage der ver.di-Tarifkommission ein Volumen von 10 % hat, absolut berechtigt ist. Auch eine Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich steht auf der Verhandlungsliste.

Dem »Kommunalen Arbeitgeberverband« sind diese Forderungen zu hoch. »Sie wollen einen Tarifvertrag über dreieinhalb Jahre abschließen, damit würden die Beschäftigten Einkommensverbesserungen von unter zwei Prozent pro Jahr erhalten. Dieses Angebot ist nicht akzeptabel«, so Jens Gröger. Folgerichtig kam es in Frankfurt/Oder, Potsdam und Beelitz zum Monatswechsel zu den ersten Warnstreiks. Kommt es zu keiner Einigung, könnten bald auch die Buslinien der BBG von Streikaktionen betroffen sein.

## Kompromiß bei BER

Den von den Initiatoren des Volksbegehrens vorgeschlagenen Kompromiß, daß der Landtag für den BER nur ein umfassendes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr beschließt, unterstütze ich. Wenn die Bürgerinitiativen jetzt diesen Schritt auf die Landesregierung zugehen, kann es nur im Interesse aller liegen, auf diese Weise die Schärfe aus dem Konflikt zu nehmen. Das Land würde zudem in diesem Punkt gegenüber den anderen Flughafen-Gesellschaftern mit einer Stimme sprechen und diesen mit einer klaren Forderung gegenüberreten.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

## Spende für Fußballerinnen

Diese kleine Pause während ihres Fußballtrainings machten Frauen des SV Blau-Weiß Ladeburg e.V. gerne, denn die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann überreichte ihnen einen Spendenscheck in Höhe von 500 Euro vom Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Geld, so die Trainerin Heike Möcker, das dringend im Rahmen der Nachwuchsförderung für die Ausrüstung der Mädchenmannschaft benötigt wird. Die Freude war groß. Bei einem nächsten Besuch werde sie ihre Sportsachen mitbringen und ein Probetraining absolvieren, versprach Dagmar Enkelmann beim Abschied.

BÄRBEL MIERAU

**Zu Frage 1: Welchen Trick hat der ZWA Eberswalde angewandt, um zeitweilig die Altanschießer-Diskussion vom Tisch zu haben und was kostet es die Bürger?**

Zunächst ist festzustellen, daß der ZWA keine Tricks anwendet. Der ZWA ist als öffentlich-rechtlicher Aufgabenträger an die geltenden Gesetze gebunden und handelt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Das rechtliche Handeln des ZWA unterliegt einerseits der Aufsicht der Rechtsaufsichtsbehörde (hier des Landrates des Landkreises Barnim als allgemeine untere Landesbehörde) und zum anderen der Überprüfung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit im einzelnen.

Im Bereich der leitungsgebundenen Schmutzwasserbeseitigung hat der ZWA bekanntermaßen mit Entscheidung der Verbandsversammlung vom 15. Dezember 2004(!) sein Finanzierungssystem von einer Mischfinanzierung aus Gebühren und Beiträgen auf eine reine Gebührenfinanzierung umgestellt (vgl. Satzung zur Aufhebung beitragsrechtlicher Vorschriften vom 15. Dezember 2004). Grund hierfür war ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Brandenburg (OVG) vom 3. Dezember 2003 gegenüber einem anderen Zweckverband. Durch die Entscheidung der Verbandsversammlung zur Finanzierungsumstellung ist für die Grundstückseigentümer im Verbandsgebiet des ZWA die Altanschießer-Diskussion gar nicht erst entstanden. Dabei wurde von der Verbandsversammlung in Kauf genommen, daß Gebühren im Vergleich zu anderen Zweckverbänden mit einer Beitragserhebung höher sind. Der landesweite Vergleich der finanziellen Belastungen je Einwohner, der aus Gebühren und Beiträgen errechnet wurde, zeigt, daß der ZWA einen guten Platz im Mittelfeld belegt.

Eine Erhebung von Anschlußbeiträgen für die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt beim ZWA also nicht, so daß auch keine Altanschießer-Diskussion geführt wird. Eine Altanschießer-Diskussion gibt es beim ZWA – anders als bei anderen Aufgabenträgern im Barnim und Land Brandenburg – ebenfalls nicht bei der Trinkwasserversorgung. Hier hat der ZWA von Anbeginn auf eine Beitragserhebung verzichtet.

Gleichwohl hat der ZWA im Bereich der leitungsgebundenen Schmutzwasserbeseitigung zu berücksichtigen, daß ein Teil der Grundstückseigentümer Anschlußbeiträge gezahlt haben. Dies erfolgt durch einen sogenannten Billigkeitsausgleich, der bewirkt, daß die Zahlungen auf der Grundlage der Beitragsbescheide allein den Beitragszahlern zugute kommen. Sie wirken durch die Verrechnung faktisch gebührenmindernd. Die Investitionskosten, die über die gezahlten Beiträge finanziert wurden, werden den »Beitragszahlern« damit nicht noch einmal über die Gebühr in Rechnung gestellt.

Der Billigkeitsausgleich wird jedoch von der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V. (BKB) vor dem Oberverwaltungsgericht problematisiert. Sollte wider Erwarten der

## Zwei Antworten auf zwei Fragen

Zu aktuellen Problemen bei Wasser und Abwasser

von Stefan Lux

**Johannes Madeja hat einem guten Freund auf drei Fragen zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Barnim geantwortet (BBP 1/2013, Seite 8). Der Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde hält es für wichtig, diesem guten Freund ebenfalls zu antworten, soweit es den ZWA betrifft. Dies verhilft dem guten Freund vielleicht zu einer differenzierten Sicht auf das Thema.**

chen Bestand haben, ist es – neben wenigen anderen Optionen – durchaus im Bereich des Möglichen, daß die Beitragserhebung wieder eingeführt werden muß. Im Falle der Wiedereinführung der Beitragserhebung würde aber die Altanliegerproblematik – wie bei anderen Aufgabenträgern jetzt schon – auch den ZWA treffen. So etwas nennt man dann wohl einen »Pyrrhussieg«. Wenn also in dieser Frage vom »zeitweilig vom Tisch zu haben« die Rede ist, ist dies nicht das Denken und Handeln des ZWA. Vielmehr ist sein Bestreben, es »dauerhaft vom Tisch zu haben«.

Losgelöst von der Frage der Beitrags- oder Gebührenerhebung ist die sogenannte Kostenerstattung für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung der Grundstücksanschlußleitungen zu sehen. Seit 1993 werden Aufwendungen für Grundstücksanschlußleitungen, also die Leitung von der Sammelleitung in der Straße bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks, von dem jeweiligen Grundstückseigentümer durch gesonderte Bescheide erhoben. Diese Kostenerstattung hat nichts mit der Beitragserhebung zu tun und ist mit dieser auch nicht vergleichbar.

**Zu Frage 2: betrifft nicht den ZWA**

**Zu Frage 3: Gibt es im ZWA Eberswalde eine Art Bürgerversammlung neben dem oder im Aufsichtsrat? Wer ist darin vertreten und wie ist deren Wirksamkeit?**

Die rechtliche Grundlage für die Bildung, Zusammensetzung und Arbeit der Zweckverbände ist das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) in Verbindung mit der Kommunalverfassung. Danach sind Zweckverbände Körperschaften des öffentlichen Rechts. Organe der Zweckverbände sind die Verbands-

versammlung als oberste willensbildende Institution und der Verbandsvorsteher. Die amtsfreien Kommunen, wie die Stadt Eberswalde und Gemeinde Schorfheide werden in der Verbandsversammlung des ZWA jeweils durch den Bürgermeister vertreten (§ 15 Abs. 3 GKG). Die übrigen 16 Mitgliedskommunen haben durch ihre Gemeindevertretung den jeweiligen Vertreter gewählt. Dies entspricht dem Prinzip der mittelbaren Demokratie nach der Kommunalverfassung. Der ZWA ist also Teil der gemeindlichen Selbstverwaltung und erfüllt für die Gemeinde die Aufgabe der Trinkwasserversorgung und der Schmutzwasserbeseitigung. Die Meinungs- und Willensbildung erfolgt hier zu in den Gemeindeparlamenten.

Einen Aufsichtsrat, wie ihn Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung kennen, gibt es bei den öffentlich-rechtlichen Aufgabenträgern nicht. Die Aufgabenstellung eines Aufsichtsrates ist jedoch mit der einer Verbandsversammlung vergleichbar.

Durch die jährliche Prüfung der Jahresabschlüsse durch die Kommunalaufsicht und weiteren diversen Prüfungen bis hin zum Landesrechnungshof ist der ZWA inzwischen wohl das, was man als »gläsern« bezeichnen kann.

Der ZWA hat in den vergangenen Jahren stets einen offenen und konstruktiven Kontakt zu Interessenvertretungen von Bürgerinnen und Bürgern im Verbandsgebiet gepflegt. Auch für einzeln interessierte stehen kompetente Ansprechpartner mit Rat und Tat oder für Anregungen und Kritik jederzeit zur Verfügung.

Sollte der gute Freund weitere Fragen haben, ist er gerne zu einem persönlichen Gespräch beim ZWA eingeladen.

## Klärwerk Biesenthal soll schließen

**Biesenthal (bbp).** Die Abwasserkläranlage in Biesenthal, betrieben vom Wasser-Abwasser-Verband (WAV) Panke/Finow, soll stillgelegt werden. Den vorliegenden Plänen entsprechend, wird das Biesenthaler Abwasser stattdessen künftig über eine Abwasserdruckleitung (ADL) zum 20 Kilometer entfernten Klärwerk Schönnerlinde geleitet werden.

Dafür ist der Neubau einer 10,2 Kilometer langen Druckleitung vorgesehen. Außerdem müssen entlang der Trasse mehrere Funktionsbauwerke gebaut werden. Am derzeitigen Standort der Kläranlage Biesenthal in der Kirschallee nördlich des Ortes wird eine Fäkalan-

nahmestelle sowie ein Pumpwerk errichtet. Die Trasse verläuft durch die Stadt Biesenthal und südlich davon weiter entlang der L 200 bis zum Ortsteil Wullwinkel. Dort soll ein Abwaspumpwerk in Form eines unterirdischen Schachtbauwerkes entstehen. Auch der weitere Verlauf der ADL orientiert sich weitgehend an der Streckenführung der L 200, führt durch die Ortslage Rüdnitz bis zum Ortseingang Bernau. Dort soll das Schmutzwasser aus Biesenthal über einen neuen Schacht in die bereits existierende Druckleitung Albertshofer Chaussee-Birkensteg eingeleitet werden, die weiter zum Klärwerk Schönnerlinde führt.



## »Die Bilderberger« - eine »Geheime Weltregierung«

**Am 12. Januar hatte die Regionalorganisation der KPD Barnim/Märkisch Oderland und die »Rot Fuchs«-Regionalgruppe Eberswalde zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Nicht ohne Brisanz war das Thema: eine »Geheime Weltregierung«. Über sie etwas zu erfahren versprach interessante Informationen, zumal aus Gesprächen im Vorfeld davon ausgegangen werden konnte, daß nur wenige von diesen »Geheimtreffen« und den daran beteiligten Personen Kenntnis hatten.**

Andreas von Retzy hat zu den Bilderbergern recherchiert und seine Erkenntnisse in einem gleichnamigen Buch vorgelegt. In einem Filmbeitrag, der als DVD vorgeführt wurde, gab er den wesentlichen Inhalt seines Buches wieder.

Als Initiator dieser Konferenzen ist der Exilpöle Retinger zu sehen. 1911 erhielt er in seinem ersten Auftrag die Aufgabe, in London ein »Polnisches Büro« zu eröffnen. Retinger reist durch die Welt, führt mit einflußreichen Leuten Gespräche, bleibt dabei stets im Hintergrund und knüpft in den Niederlanden mit Königin Julia und Prinz Bernhard eine enge Verbindung. Sie führt dazu, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu einer Tagung vom 29. bis 31. Mai 1954 die einflußreichsten Personen aus Wirtschaft, Militär, Politik, Medien, Hochschulen und Adel eingeladen hatte. Für dieses Treffen stellte er sein Hotel »de Bilderberg« in Oosterbeek zur Verfügung. Seit 1954 finden diese geheimen Treffen jährlich, immer an einem anderen Ort der Welt, statt. Der Name »Bilderberg« wurde von der ersten Tagung übernommen und seitdem weitergeführt.

Die Teilnehmerlisten werden nach der Tagung veröffentlicht. Die Teilnehmer fassen keine »offiziellen« Beschlüsse die für Staaten und Regierungen bindend wären. In ihren Funktionen und mit ihrem Einfluß setzen sie das Besprochene politisch um.

Auf der ersten Tagung 1954 wurden vier Interessengebiete beraten, mit denen sich die Teilnehmer künftig befassen wollen. Die Haltung zum Kommunismus und der Sowjetunion; die Haltung zu abhängigen Regionen und den Menschen in Übersee; die Haltung zur Wirtschaftspolitik und zu diesbezüglichen Problemen und die Haltung zur europäischen Integration und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Bis zum Treffen 1957 war Einfluß genommen worden auf die Gestaltung der »Römischen Verträge«, der EG, der EWG und der EVG und so standen der Rückblick auf die Weltereignisse; die destruktiven Prozesse innerhalb der westlichen Allianz; die Problematik des Mittleren Ostens; die europäische Politik der Allianz unter spezieller Berücksichtigung der Probleme Osteuropas und abschließend zu diesem Bereich, zu einer deutschen Wiedervereinigung, die militärische Strategie dazu und die Vorbereitung zum Sturz der DDR, zur Debatte.

Zum »erlauchten« Kreis der »Bilderberger« gehören oder gehörten u.a. Prinz Bernhard der Niederlande, Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, Marcus Agius, Chef der Barclays Bank, die Chefs der wichtigsten Telefonkonzerne, Peter Löscher, den Chef von Siemens, oder Dieter Zetsche von Daimler. Olaf Scholz der SPD-Vizevorsitzende, Angela Mer-

kel und Guido Westerwelle, Richard C. Holbrooke, für die USA in Afghanistan und Pakistan verantwortlich sowie Henry A. Kissinger, früherer US Außenminister oder auch der spanische Ministerpräsident Zapatero.

Bei diesen Konferenzen werden die Weichen gestellt, wohin die Welt zu gehen hat. Es werden Strategien entwickelt die zur Beherrschung des Weltmarktes führen. Und da die NATO sehr stark vertreten ist, werden hier auch Kriege ausgeheckt zur Niederhaltung jeglicher Bestrebungen, das kapitalistische System anzutasten.

Darunter fallen auch einzelne Personen die auf »ungeklärte« Weise zu Tode gekommen sind. Zu diesem Kreis gehören u.a. J. F. Kennedy, Olof Palme, CIA-Chef William Colby, Allan Francovich amerikanischer Journalist, Jürgen Pronto von der Dresdner Bank, Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen, Treuhand-Chef Detlef Karsten Rohwedder, US-Senator McCarthy und andere!

Auch an dieser Stelle möchten wir uns noch einmal bei der »RF« Regionalgruppe Eberswalde, die uns mit diesem Beitrag interessante Kenntnisse vermittelt hat, bedanken. Der Dank geht auch an alle Teilnehmer und an alle, die mit ihren Gedanken in der Diskussion die Veranstaltung bereichert haben.

KLAUS WEBER

## 15 Jahre Museum in der Adler-Apotheke

**Eberswalde (prest-ew).** Im Atrium des Martin Gropius Krankenhauses werden vom 4. Februar an Ausstellungsplakate des städtischen Museums zu sehen sein. Damit läßt das Eberswalder Museum seine letzten 15 Ausstellungsjahre Revue passieren, bietet einen Querschnitt seiner zurück liegenden Höhepunkte. Das Museum nutzt die Pause vom Ausstellungsalltag während des derzeitigen Umbaus für einen Rückblick auf seine Inhalte wie auch auf das Gebäude selbst.

»Zu den wesentlichen Aufgaben eines Museums gehören neben dem Sammeln und Bewahren von Zeitzeugnissen auch das Forschen und Vermitteln. Letzteres leisten wir insbesondere mit unseren Ausstellungen«, so Museumsleiterin Ramona Schönfelder. Plakate werben im öffentlichen Raum für die wechselnden Ausstellungen. Kurz und prägnant müssen sie einen Eindruck von dem vermitteln, was es im Museum zu sehen geben wird. Sie sollen den flüchtigen Blick gefangen nehmen und dabei auch ihren Betrachter anregen, mehr erfahren zu wollen. Das Museum der Stadt Eberswalde hat die Plakate der letzten 15 Jahre aus dem Archiv geholt. Nun sollen sie mit ihren kurzen Eindrücken Erinne-



rungen wach rufen. Die Gesamtschau dieser Blickfänger soll noch einmal vergegenwärtigen, was im Museum seit dessen Umzug in die Adler-Apotheke zu sehen war.

Die Geschichtsvermittlung der Sonderausstellungen konzentrierte sich stets auf einzelne Alltagsaspekte vorheriger Generationen wie »Münzen«, »Spielzeug« oder die Wasserversorgung. Dabei lenkt den Blick in die Vergangenheit immer auch die Neugierde nach dem regionalen Bezug, dem Lokalcolorit der Historie. Im Jahr 2008 stellte das Museum bekannte Baumeister vor, die auch in Eberswalde gewirkt haben. Unter dem Titel »Aufbruch in die Mo-

derne« wurde die Industrialisierung am Beispiel der Messingwerksiedlung nachgezeichnet. Und die kulturhistorische Betrachtung der »Labyrinth und Irngärten« (2007) seit der Antike erweiterte den Blick der Eberswalder auf ihren Wunderkreis an der heutigen Lessingstraße.

Museumsleiterin Ramona Schönfelder fiel das drei Jahre alte Poster zur Schau »Eberswalder Frauen« bei der Durchsicht auf: »Die Fotografinnen Ursula Mächler und Gertrud Krumnow haben mit ihrer Arbeit und ihrem Lebensstil nach Kriegsende frischen Wind in die Stadt gebracht. Lebensbejahend und modern für die Zeit wirkt auch ihr Plakاتفoto, auf dem eine der beiden durch den Raum zu schweben scheint.« Der Umbau des Museums bietet zudem Gelegenheit, das Gebäude selbst in den Blick zu rücken. Wie hat sich das Stadtbild um das älteste Fachwerkhäus Eberswaldes entwickelt? Historische Grafiken und Fotos liefern dazu aufschlußreiche Ansichten rund um das Baudenkmal Adler-Apotheke.

Noch bis Ende Juni ist die aktuelle Plakatsonderschau täglich von 9 bis 19 Uhr im Atrium des Martin Gropius Krankenhauses in der Oderberger Straße 8 zu sehen.

## Energiegenossenschaften

In der Region Uckermark-Barnim sollen genossenschaftlich organisierte Netzwerkpotenziale im Bereich regenerativer Energien unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen erschlossen werden. Dazu hat die Dr. Grundmann Consult aus Prenzlau das Projekt EGON (Erschließung genossenschaftlich organisierter Netzwerkpotenziale im Bereich regenerativer Energien unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen) ins Leben gerufen. Das transnationale Projekt zielt auf einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Thema Energiegenossenschaften ab, insbesondere in Hinblick auf die Gründung von Energiegenossenschaften und der Einbindung von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen (Leistungsbezieher SGB II und SGB III sowie Nichtleistungsbezieher). Die gewonnenen Ergebnisse sollen abschließend in einem Praxisleitfaden zusammengefaßt und dokumentiert werden.

Als europäische Partner konnten der Genossenschaftsverband Südtirol legakoopbund, die Energiegenossenschaft Schluderns-Glurns aus Südtirol und die europäische arbeitsmarktpolitische Stiftung Europejski Dom Spotkan - Fundacja Nowy Staw aus Polen gewonnen werden. Die Einbeziehung erfolgreicher Energiegenossenschaften aus Deutschland ist ebenfalls vorgesehen.

Im vergangenen Herbst traf sich die Lenkungsgruppe zum Projekt EGON, in der auch das ERNEUER:BAR Regionalbüro Barnim vertreten ist, zu einer ersten konstituierenden Sitzung in Prenzlau. Mitte November gab es eine Auftaktveranstaltung in Prenzlau, auf der das Projekt und die Projektpartner vorgestellt wurden.

INA BASSIN,  
ERNEUER:BAR/ Regionalbüro Barnim

## Bernaus Rettungsinsel

Die Buchhandlung Schatzinsel Bernau mutierte im Januar unverhofft zum Gastgeber für die Vorlesung von Harry Rowohlt, der am 23.1. in der Stadthalle auftreten wollte. Harry Rowohlt sah ich bereits am 9.11. vorigen Jahrs im Freitag-Salon beim Schlagabtausch mit Jacob Augstein. Aber gut – nun ist er wie sonst Solo auf Lesereise in der Region.

Die Buchhandlung berichtete in Facebook: »Er hat bei uns gelesen! Kurzentschlossen haben wir unsere Räume als 'Ausweichquartier' für den bekannten Autoren zur Verfügung gestellt. So konnten ca. 60 Zuhörer die besondere Atmosphäre in unserer Buchhandlung erleben... Auch große Autoren dürfen sich auf ihre Wurzeln besinnen und sich kleineren Buchhändlern widmen, um mit ihnen und ihren Kunden ins Gespräch zu kommen.« Das ist wohl dieses mal gut gelungen und ich hätte ihn, den bekennenden Kommunikator, eher im roten Büro um die Ecke erwartet. Aber manchmal stechen ein paar Quadratmeter Inselland selbst eine große rote Fahne aus.

THOMAS TOBLER

## Wie wichtig ist eine Baumschutzverordnung?

**Wenn ich meinen Sohn etwas frage und er weiß es auch nicht (Wissenschaftler haben herausgefunden, daß unser Nichtwissen ständig zunimmt), dann fragt er immer gleich, ob ich schon »gegoogelt« habe. Habe ich meistens nicht. Dazu müßte ich ja erst einmal den Computer einschalten. Aber ich habe ein Lexikon und – altmodisch wie ich nun mal bin – habe ich da nachgelesen.**

Was ist eine Baumschutzverordnung? Da steht knapp, aber deutlich: »Verordnung über die Erhaltung, Pflege und den Schutz der Bäume außerhalb des Waldes, in Städten und Gemeinden.«. Wie man das nun macht, das mit der Pflege und dem Schutz, das stand leider nicht in dem Lexikon, hätte ich wohl doch googeln sollen.

Nun habe ich aber einen Garten und deshalb etwas Erfahrung mit Bäumen. Deshalb weiß ich, daß man Bäume regelmäßig beschneiden muß, ihnen Wasser und Dünger geben, schadhafte Äste entfernen muß und Schnittstellen mit Baumwachs verschließen und Risse in der Rinde mit Lehm verschmieren. Manchmal muß ein alter, kranker Baum gefällt werden. An dem frei gewordenen Platz wird dann ein neuer gepflanzt. Nun habe ich mir gedacht, daß das mit »öffentlichen« Bäumen kaum anders sein kann.

Deshalb hätte ich erwartet, daß in einer Baumschutzverordnung genau das drinsteht: Pflege durch sachgerechten Schnitt, wässern, düngen, schädliches Streusalz vermeiden, durch notwendige Fällungen entstandene Lücken durch Neuanpflanzung wieder füllen und besonders die schönen alten Bäume pflegen. Das alles scheint so selbstverständlich zu sein, daß man es gar nicht erst in eine Verordnung schreiben muß. Jedenfalls fand das in der Zeitung keine Erwähnung. Natürlich macht das Arbeit und kostet Geld, aber wir zahlen ja auch Steuern, von Jahr zu Jahr mehr. Da muß auch Geld für den Baumschutz da sein!

Es scheint da aber ganz neue Ideen zu geben. So konnte ich den wunderschönen Begriff »Planung und Pflege baumbestandener Grünflächen« lesen. Ich kenne so etwas als Park. Es soll für die Neuanpflanzung von Bäumen aus besonderen Anlässen (Geburt, Hochzeit) erworben werden und für die Übernahme von Baumpatenschaften. Dann gibt es scheinbar viel Regelungsbedarf, wofür man eine Menge Verwaltungsbeamte braucht. Wo soll das Herbstlaub hin, besonders das von den kranken Kastanien, und wo gibt es Flächen für Ersatzpflanzungen?

Diese Probleme habe ich wohl bisher unterschätzt. Ich pflanze einfach, ohne viel Aufhebens, immer mal wieder einen Baum, dort wo Platz ist und das Laub wird zusammengeharkt und kompostiert.

Mir ist aufgefallen, daß die neuen Ideen zum Baumschutz eines gemeinsam haben: Immer jeweils andere Leute sollen die Arbeit machen und/oder bezahlen, also die Hochzeitler oder die Eltern der Neugeborenen oder die Baumpaten. Die eigentlichen Verantwortlichen, die



wir ja mit unseren Steuern bezahlen, die scheinen mit der Erfüllung ihrer Aufgaben im Baumschutz so ihre Probleme zu haben. Nie ist Geld da, jedenfalls immer zu wenig!

Aber auch da gibt es nun Ideen zur Lösung des Problems: Nicht mehr die Kreisverwaltung, sondern die Gemeinden selbst sollen das Problem anpacken. Einige Gemeinden haben sich nun ausgerechnet, daß sie ja mit einer eigenen Baumschutzverordnung nicht unbeträchtliche Einnahmen haben könnten. Andere wieder sehen einen erhöhten Verwaltungsaufwand, der durch ein paar Gebühren nicht gedeckt wird. Wer genau liest, der muß feststellen, daß es weniger um den Schutz der Bäume geht, als vielmehr um Kosten, Aufwand und Einnahmen. Alle wollen mehr Geld einnehmen und dafür möglichst wenig selbst leisten. Ich fürchte, daß dabei der Schutz unserer Bäume weiter auf der Strecke bleibt.

Welcher Grundstücksbesitzer wird noch bereit sein, einen schönen alten Baumbestand aufzubauen und zu pflegen, wenn er jetzt schon weiß, daß er selbst oder seine Erben dann kräftig lohnen sollen, wenn einer dieser dann alten Bäume gefällt werden muß? Es wird doch billiger, rechtzeitig den Stammumfang zu messen und den Baum dann umzulegen, jedenfalls bevor er von den Behörden als »geschützt« angesehen wird. In einem Gemeinwesen, in dem das Geld, besonders natürlich das Geld der anderen, eine so überragende Rolle spielt, darf man sich über ein solches Verhalten nicht wundern oder gar entrüsten.

Eines ist jedoch unstrittig: Bäume sind schützenswerte Lebewesen. Wir bräuchten keine Baumschutzverordnung wenn alle schon in der Schule gelernt und begriffen hätten: Erst stirbt der Baum, dann stirbt der Mensch. Mein Freund der Baum soll leben und alt werden. Das muß für jeden eine Selbstverständlichkeit sein! Jede Baumschutzverordnung muß das zum Ziel haben. Geld produziert keinen Sauerstoff, den wir dringend brauchen, um zu leben.

JOHANNES MADEJA



## Naturschutz tut not, im Barnim ist alles im Lot (2)

**Seit vier Generationen betreiben wir Menschen weltweit einen nie dagewesenen Raubbau an der Natur, unserer Lebensgrundlage. Ein kleines Häuflein Wissenschaftler hat das erkannt und den Naturschutz erfunden. Die ganze Welt spricht vom »Klimawandel«, immerhin. Doch reale Veränderungen sind rar. Daß etwas getan werden muß ist unstrittig. Fangen wir an! Jeder an seinem Platz!**

Wir hier im Barnim sind diesbezüglich auf einem guten Weg, jedenfalls meint das der Landrat. Dabei spricht er mit sonorer, Vertrauen heischender Stimme von Stoffstrommanagement und Nullemissionsstrategie und von Energiewende. Das sieht praktisch so aus: Wir bezahlen, aus Steuergeldern versteht sich, eine Barnimer Energie-Gesellschaft (BEG mbH). Das ist schon mal ein schönes Aushängeschild. Mangels konkreter Aufgaben, die kreiseigenen Photovoltaikanlagen betreut ja der Netzbetreiber E.ON und das Eberswalder Holzkraftwerk HOKAWE konnte man nicht kaufen, warten nun vier Mitarbeiter der GmbH auf Leute, die von ihnen beraten werden wollen, vorzugsweise zum Nulltarif. Die sollen dann in Anlagen investieren, die erneuerbare Energien nutzen, Wind, Sonnenlicht, Wasserkraft und Biomasse. Wenn es ernst wird, dann müssen natürlich Profis ran. Ich frage mich: Warum nicht gleich?

Zur Biomasse gehört das Holz. Wir holzen Wald ab in Größenordnungen, auch zur besten Brutzeit. Artenschutz scheint im Wald eine untergeordnete Bedeutung zu haben. Das Holz verfeuern wir mit einem Wirkungsgrad von weniger als 30 % im HOKAWE – jedenfalls solange es nicht endgültig pleite ist und so lange es noch Holz gibt. Wo einmal Bäume standen, dort werden vielleicht Straßen gebaut, die niemand braucht (»B 167 neu«) oder riesige Photovoltaikanlagen aufgestellt, weil Sonnenstrom gutes Geld bringt. Zukünftig wird es noch mehr große Windräder geben, auch im Wald. Das ist gut für die Erholungsfunktion des Waldes und natürlich für den Vogelschutz. Unsere Touristen mögen das! Gleichzeitig sind die meisten Dächer frei von Solarmodulen.

Wenn der erneuerbare Strom nicht reicht, kaufen wir den (Atom-)Strom von den Nachbarn. Strom sparen – was ist das? Das geht doch gar nicht, jedenfalls nicht wirklich, ist aber gut für die Werbung, besonders die Werbung der Baubetriebe, die unsere Häuser für gutes Geld warm einpacken wollen. Auch die Energiekonzerne wollen nicht wirklich, daß wir Strom und Gas sparen, sie wollen doch immer mehr verkaufen, um immer mehr Profit zu machen. Wer wirklich spart, auch solche Leute gibt es, der wird mit Preiserhöhungen bestraft – weil doch der Sonnenstrom so teuer ist!

Es geht aber nicht nur um Energie. Wir haben ja das Ziel der Eigenerzeugung unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen fast erreicht. Es geht uns auch um eine lebens- und liebenswerte Umwelt. Hier sind wir »Spitze«.

In Eberswalde kanalisieren wir die Schwärze naturnah(!) mit Spundwänden und bauen eine Promenade am vergifteten Finowkanal, damit es wenigstens am Ufer schön aussieht und weil es ja dafür Fördermittel gibt. Dazu mußten wir natürlich den alten Baumbestand roden.

Eberswalde nennt sich – bescheiden – Waldstadt. Am neuen Autobahnkreuz »Barnim« steht kein Baum dem freien Blick über die Barnimer Feldmark (Naturpark) und die Baustelle im Wege. Besonders abgesehen haben wir es auf alte Alleebäume, weil die immer so schnell an den Autos vorbeirasen. Das ist ganz gefährlich! Hier haben wir einen Vorreiter in Sachen Sicherheit und Baumschutz, gar einen Dezerenten, Träger des (Negativ-) Ordens »Goldene Kettensäge«. Satzungen, die unseren Baumbestand wirksam schützen, haben wir immer noch nicht. Der Ordensträger braucht dafür noch mehr Zeit! Das hat er im November 2012 so gesagt. Die vergangenen fünf Jahre haben nicht gereicht! Das hat er so nicht gesagt. Die Sache scheint kompliziert! Bei so einer Satzung geht es ja auch in erster Linie nicht um Baumschutz, sondern um Einnahmen von den Bürgern für sog. Ersatzpflanzungen, die jedoch den verursachten Schaden niemals ausgleichen können. Wenn wir ein wirksames Satzungenwerk hätten, dann, da kann ich uns beruhigen, würde sie im Wald und für Alleen nicht gelten. Sie gilt nur auf Privatgrundstücken. Da kann man kassieren.

In jedem Jahr ist es eine dicke Schlagzeile wert: »Der Winter kann kommen, wir sind vorbereitet«. Unter dieser Überschrift kann man dann lesen, daß tausende Tonnen Streusalz eingelagert wurden und nun ausgebracht werden können. Die Leistung des Winterdienstes wird abgerechnet in verbrauchten Tonnen Streusalz. Daraus ergibt sich dann im Frühsommer eine neue Schlagzeile, unter der wir lesen können, wieviel Bäume gefällt werden müssen, weil sie das Streusalz nicht vertragen haben.

Leider kostet die Pflege der restlichen Bäume einigen Aufwand, auch ist Sachkenntnis erforderlich. Mit letzterem hapert es. Weil außerdem das Geld knapp ist, wissen sich die Bauhofleiter zu helfen. Im ersten Jahr bleiben die Stämme und ein paar dicke Äste stehen. »Wir können doch nicht jedes Jahr schneiden!« oder »Wir haben 'auf Kopf' geschnitten!«. Das vertragen auch die vitalsten Bäume nicht und müssen, »das tut uns aber sehr leid!«, nun im zweiten Jahr gefällt werden, wegen der Verkehrssicherungspflicht. Wenn dann die Straße baumlos ist, dann pflanzen wir im dritten Jahr medienwirksam – wir freuen uns, bei solchen Gelegenheiten immer den Landrat oder seinen »Vize«, den Ordensträger, zu sehen – eine neue Allee, jedenfalls wird die Reihe dünner Bäumchen schon so genannt. Bezahlt wird aus dem Ersatzpflanzungsfonds. Das ist Geld der Bürger. Darauf ist der Vizelandrat ganz scharf.

Das alles »begleitet« unsere untere Naturschutzbehörde (UNB), die – wie praktisch! – ein Anhängsel der Straßenbaubehörde ist, dieser direkt unterstellt.

In einer empfehlenswerten Schrift\* der FH Eberswalde kann man auf S. 170 lesen: Bei der Beeinflussung der Landschaftsentwicklung ist es »wichtig, zunehmendes managementrelevantes Nichtwissen angemessen zu integrieren«.

Wir haben bewiesen, daß wir wissen, wie man so etwas macht. Uns im Barnim muß um den Naturschutz nicht bange sein!

Zusammenfassung: Die Notwendigkeit der Realisierung eines Konzepts der nachhaltigen Entwicklung bedeutet, daß konventionelle Paradigmen des Ökosystemmanagements derart zu hinterfragen sind, daß eine permanente Anpassung der Strategien an die sich rasch verändernden Rahmenbedingungen möglich wird. Ziel der Idee eines kooperativen Promotionsprogramms klimaplastischer Naturschutz ist es, nachhaltige Konzepte und Strategien zu erforschen, die einen modernen Naturschutz unter den Bedingungen des beschleunigten Umweltwandels – adaptives Management – gewährleisten.

Zum Schutz von Ökosystemdienstleistungen und zur Bewahrung der Biodiversität kommt es zukünftig darauf an, die Potentiale der Ressourcen zu analysieren und auf allen Ebenen ökonomische Instrumente einzusetzen, um das Leitprinzip der verursachergerechten Zuordnung der Kosten durchzusetzen zu können. Ein systemisch-dynamisches Verständnis muß Synergieeffekte und Rückkopplungen angemessen berücksichtigen. Alle Instrumente sind von den Akteuren der Administration konsequent und effizient zu nutzen. Nur so kann Naturschutz wirkungsvoll sein.

Alles klar?

Für diejenigen, die das möglicherweise doch nicht so ganz verstanden haben – die Sprache der Wissenschaft ist für viele sicher etwas gewöhnungsbedürftig – hier noch eine Zusammenfassung in deutscher Sprache:

Schonender Umgang mit der Natur erfordert, unsere Kenntnisse und Erfahrungen über das Zusammenwirken aller Lebewesen in der Natur immer wieder zu prüfen und zu korrigieren und dafür zu sorgen, daß die Artenvielfalt durch Veränderungen und Eingriffe von außen keinen Schaden nimmt, funktionstüchtig und im Gleichgewicht bleibt. Soweit die Natur zum Wohle des Menschen in Anspruch genommen wird, muß das, was ihr genommen wurde, auch wieder zurückgegeben werden und zwar von denen, die sie in Anspruch genommen haben. Es gilt, das Verursacherprinzip durchzusetzen. Das muß Inhalt und Ziel allen staatlichen Handelns sein. Die Einflußnahme des Menschen muß sich den immer schnelleren und größeren Veränderungen, auch dem Klimawandel, anpassen und jedenfalls umwelterhaltend sein.

\* Pierre L. Ibisch, Stefan Kreft & Vera Luthardt (Hg., 2012): Regionale Anpassung des Naturschutzes an den Klimawandel: Strategien und methodische Ansätze zur Erhaltung der Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen in Brandenburg. Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) (ISBN 978-3-00-038210-9)

Heute leidet das Berliner politische Personal an der Psychose, womöglich die Beteiligung an einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu verpassen. Die Nichtteilnahme an der Libyen-Intervention wird inzwischen als »Schande« bewertet. Kennzeichnender Zug des deutschen Bellizismus ist Verlogenheit. Friedensengel spielen und zugleich Kriegsprofiteur sein, sich neutral geben, aber westliche Interessen gewaltsam durchsetzen. Die Bundesmarine kontrolliert die libanesisische Küste – für Israel und gegen die Hisbollah. In der Türkei steht die Bundeswehr bereit, um in den syrischen Konflikt einzugreifen. In Mali muß man der französischen Armee »helfen«, jedenfalls mindestens mit drei Flugzeugen »dabei sein«. Die Muster sind immer gleich – jetzt heißt das Feindbild »Islamisten«, wirkliche Aggressionsoffer und wahre Interessen werden übertüncht. Nicht David, sondern Goliath sei das Problem, fand Sölle. Reden wir also von Goliath und David.

**Die Region. Sahara und Sahelzone**

Die Länder des westlichen Sudan haben wechselnde Anteile an Sahara (Oasenwirtschaft; 0-250 mm Regen) und Sahel (Trockensteppe; 250-600 mm), die nur nomadisierende Weidewirtschaft erlaubt. Im Süden (800-1500 mm) z.T. Monokultur (Haupt-Exportkulturen Baumwolle und Erdnüsse), Hirse als Hauptgetreide. Die stark wechselnden Niederschläge bewirken zyklisch Nahrungsmangel, Migrationen der Bevölkerung nach Süden (Konfliktursache) und stark schwankende Exporterlöse. Rohstoffe: Phosphat, Eisenerz (Senegal, Mauretanien), Gold (Mali), Uran, Zinn (um Arlit, Niger), Erdöl (Tschad; Pipeline nach Kamerun) als Exportgüter, reiche Lager an Schwermetallen und seltenen Erden sind nachgewiesen. Ethnische Inhomogenität, Bevölkerungswachstum über 3 %, Analphabetenraten über 30 %, starke Weltmarktabhängigkeit, Außenhandelsdefizit, hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnen die meisten Staaten. Soziale Verteilungskämpfe münden in politische Instabilität: Staatsstrieche, Militärputsche und lang dauernde Bürgerkriege (v.a. Tschad).<sup>1</sup> Die sozialen Unruhen des »Arabischen Frühlings« erfaßten 2011/12 auch Senegal, Mauretanien und Burkina Faso. General Amadou Touré, seit 2002 demokratisch gewählter Präsident von Mali, wurde im April 2012 von rebellischen Militärs gestürzt. Es folgten Gegenputsch und Strassenkämpfe in Bamako.

**Goliath. Die Franzosen in Afrika**

Nach der blutigen französischen Eroberung Westafrikas entstanden die einzelnen Kolonien von »Afrique Occidentale Française« (A.O.F.). Die Grenzziehung erfolgte ohne Rücksicht auf Wirtschafts- und Siedlungsgebiete der verschiedenen Ethnien.<sup>2</sup> Eklatanter Verlierer dieser kolonialen Grenzziehung war das Berbervolk der Tuareg, das traditionell die Sahara und die südlich anschließende Sahelzone nomadisierend durchstreift (Karte<sup>2</sup>; Tuareggebiete

# Bundeswehr all over the world

von Rolf Richter

**»Brauchen wir wirklich Tropenzüge für die Soldaten?« So fragte die Pazifistin Dorothee Sölle ahnungsvoll vor zwanzig Jahren zur Zeit deutschen »Engagements« im Bosnienkrieg (»Zu viel Helm im Kopf«, in »Weltbühne«, 25. Mai 1993). Sölle vermerkte das »faschistoide Feindbild« in den Medien. Statt zu vermitteln, instrumentaliere deutsche Politik Konflikte, um »uns mal wieder an die Gewalt zu gewöhnen«.**

nach FWA 2009, punktiert). Die aus den einzelnen Kolonien hervorgegangenen Staaten haben noch heute die Hypothek dieser kolonialen Vergangenheit zu tragen. Mit ihnen hat Frankreich 23 – zumeist noch heute geheime – Militärabkommen abgeschlossen. Präsident De Gaulle hat im Falle der damaligen Mali-Föderation (Senegal und Französisch Sudan) 1959 für die Unabhängigkeit u.a. als Bedingung durchgesetzt: a) Verbleib des Staates in der Französischen Gemeinschaft, b) Stationierung französischer Truppen.<sup>3, 4</sup> 1964 waren 3.000 französische Offiziere als Ausbilder und Instrukteure in den ehemaligen afrikanischen Kolonien tätig. In den Stützpunkten Dakar, Fort Lamy (heute N'Djamena), auf Madagaskar und in mehreren Luftbasen waren insge-

vor Ort stationierte Streitmacht im Bürgerkrieg in Mali zugunsten der putschenden Militärs von Bamako ein. Bleiben Fragen: Angesichts des französischen Militärpotentials in der Region und seiner hohen Mobilität – wozu brauchen die Franzosen drei Flugzeuge der Bundeswehr? Will Berlin sich unbedingt lächerlich machen? Oder welche Interessen verfolgen Paris und Berlin? Wer sind die Gegner?

**Feindbild »Islamisten«?**

Seit Wochen stellen Meinungsmedien »islamistische Extremisten« als die Gefahr dar, die angeblich die hastige französische Intervention in Mali nötig machte. Der Begriff »Islamisten« ist unscharf, ungeeignet zur Wiedergabe von Differenzierung innerhalb der islamischen Bewe-



samt ca. 10.000 Mann stationiert.<sup>4</sup> Mit Stand 2008 waren es noch immer in Dakar (Senegal) 1.125, in Tschad 1.250, in Elfenbeinküste 1.800 Mann. Weitere Kontingente standen in der Zentralafrikanischen Republik (Oubangui-Chari, 200), in Gabun (980) und Djibouti (2.900; FWA 2009). Sterne auf der Karte zeigen die Standorte. Die Truppe in Tschad griff 2007 im Bürgerkrieg zugunsten des Präsidenten Idris Deby ein und hinderte die Rebellen an der Einnahme der Hauptstadt (FWA 2008). Im Februar 2008 erklärte Präsident Sarkozy allerdings, Frankreich wolle nicht länger »den Gendarmen Afrikas spielen«, die Militärabkommen würden »angepaßt« und »zukünftig offengelegt« (FWA 2009). Das hat Sarkozy nicht daran gehindert, im März 2011 mit »willigen« NATO-Staaten Libyen zu überfallen und die Gaddafi-Regierung wegzubomben. Nun setzt sein Nachfolger Hollande die praktische Weise

gerade deshalb aber bestens zur Manipulation geeignet (nicht besser ist »Dжихadisten«<sup>5</sup>). Der Popanz »Fundamentalismus« drücke die Angst der Kolonialherren aus, »die Völker zwischen Atlas und Hindukusch könnten sich dem politischen Einfluß des Westens entziehen, uns unser Öl wegnehmen, unsere Industrie ruinieren und uns ins Elend stürzen« meinte der Tübinger Islam-Historiker H. Halm.<sup>5</sup> Natürlich gibt es in der westafrikanischen Region auch Gruppen extrem militanter Moslems. Da sind streng gläubige Salafisten und in Algerien in den Untergrund gedrängte Splittergruppen von FIS und GIA. Sie haben sich »trendig« als »Al Qaida im Maghreb« (AQIM) proklamiert. Aber: haben sie in Mali die Armee in Bedrängnis gebracht?

**Permanente Krise. Die Tuareg**

Das von den Zentralregierungen nicht gelöste Tuareg-Problem hat periodische Krisen und



Aufstände verursacht, die durch Vermittlung Algeriens und Libyens zeitweilig entschärft wurden (2007/09. Zu Libyen und den Tuareg siehe Ines Kohl<sup>6</sup>). FWA vermerkt für 2012/13 zu Mali die »größte Tuareg-Offensive seit der Rebellion von 2009 ... Nach der Niederlage ... von Muammar al Gaddafi im Oktober 2011 kamen Tuareg-Söldner der Grünen Legion ... von Niger her mit schweren Waffen nach Mali ... Angesichts der rasanten Geländegewinne der Aufständischen lancierte das Militär einen Putsch gegen Präsident Amadou Touré«. Die erfolgreiche Tuareg-Bewegung MNLA, fordert nicht mehr nur Autonomie und – in Niger Beteiligung an den Erlösen des Uranabbaus – sondern die Unabhängigkeit der malischen Nordregion Azawad. Die Tuareg wollten allerdings nicht Bamako erobern, sondern blieben in ihrer Region (Tombouctou/Gao). Und Touré wollte gegen die Tuareg nicht militärisch vorgehen, sondern mit ihnen verhandeln. Das ändert das Bild! Nicht die Islamisten truppe AQIM, sondern die MNLA hat also Frankreichs Intervention veranlaßt. Angesichts der Tuareg-Offensive und des Chaos in Bamako fürchtete Paris um die Kontrolle über die rohstoffreiche Region, die Uran für die vielen französischen AKW und zudem Erdöl liefert. Ironischerweise hat gerade Frankreichs Angriff auf Libyen die Lawine losgetreten, die seine »Interessen« gefährdet. Zuzug der Tuareg und Aufschwung für Islamisten sind Folgen von Gaddafis Sturz.<sup>6</sup> Weshalb aber sollte detusches Militär gegen die Tuareg vorgehen? Und weshalb will SPD-»Außenpolitiker« Erler nebst seiner Fraktion in den Kolonialkrieg des »Gensosen« Hollande ziehen?

Die rasche Militäraktion »pour la gloire de la Grande Nation« beseitigt nicht die Ursachen der regionalen Konflikte, schon gar nicht die soziale Misere, die militanten Gruppierungen immer neue Kräfte zuführt. Berlin und Paris stolpern in den nächsten räumlich und zeitlich uferlosen asymmetrischen Krieg à la Irak & Afghanistan. Die brav »mandatierenden« CDU- und SPD-Bundestagsabgeordneten werden wohl noch öfter die Hände heben müssen.

#### LITERATUR

- 1 – G. BREHME, H. KRAMER (Hg.), Afrika. Berlin 1985.
  - 2 – D. T. NIANE, J. SURET-CANALE, Afrikanisches Gesellschaftsbuch. Geschichte Westafrikas. Darmstadt (1961).
  - 3 – E. SIK, The History of Black Africa, B. IV. Budapest 1974.
  - 4 – C. MÄHRDEL, Die Rolle der Armee in der nationalen Befreiungsrevolution afrikanischer Völker. Zschr. Geschichtswiss. (ZfG) 15 (8), 1967, 1406-1421.
  - 5 – G. ROTTER (Hg.), Die Welten des Islam. Frankfurt/M. 1993.
  - 6 – F. EDINGER, E. M. RUPRECHTSBERGER (Hg.), Libyen. Wien 2009.
- Ferner: Fischer Weltatmanach (FWA). Frankfurt/M. 1993, 1994, 2006-2013.

## Nachtrag

Im Beitrag »Über Gräser weht der Wind...« in der BBP 1/2013 hatten wir in der Papierausgabe bedauerlicherweise versäumt, den Hinweis auf das rezensierte Buch abzudrucken. Das soll hiermit nachgeholt werden:

Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung. edition ost Berlin 2012. 125 S. 9,95 €. ISBN 978-3-360-02076-5

# Ruf nach Gemeinsamkeit

**Wenn dieses Emblem erscheint, dann zwar nicht das erste Mal in der Öffentlichkeit, aber es ist noch nicht allgemein bekannt. Seit mehr als einem Jahr bemühen sich Sozialisten/Kommunisten im Nordosten Brandenburgs ihre Kräfte durch einheitliches, abgestimmtes Handeln zu verstärken.**



Auf Initiative eines relativ kleinen Kreises von verantwortlich denkenden Genossen der DKP, KPD, der Partei DIE LINKE und des Rot-Fuchs e.V. traf man sich schon öfter in Altenhof und beratschlagte, wie dem allgemeinen Mainstream der Verunglimpfung der DDR und seiner fleißigen Menschen entgegen gewirkt werden kann. Die Politmatinee zur 63. Wiederkehr des Gründungstages der DDR im Oktober 2012 brachte den ersten Erfolg (BBP 11/2012). 33 Mitglieder genannten Parteien und Organisationen aus den Kreisen MOL, BAR und UM trafen sich im Gebäude der Freien Oberschule Finow und sprachen sich nach einem aufrüttelnden Vortrag von Prof. Dr. Herbert Meißner (Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE des Kreises Oberhavel) in der Diskussion für eine engere Zusammenarbeit der Basisgruppen aus. Sie stellten in Aussicht das Wahljahr 2013 zu nutzen um sich in gemeinsamen Veranstaltungen näher zu kommen und alles Trennende dem großen gemeinsamen Ziel: der Bekämpfung des übermächtigen Großkapitals unterzuordnen, dem Begriff Arbeiterklasse wieder einen Inhalt, ein neues Gesicht, eine mächtige Kraft zu verleihen.

Das von nur 2 % der Bevölkerung der BRD verwaltete, zusammengeraffte, in die Billionen Euro gehende Kapital, erlaubt dieser absoluten Minderheit über Geld alles in Politik und Wirtschaft und (Sub)Kultur nach ihrem Willen zu manipulieren. Das sich generierende Kapital wird eingesetzt, um jede Regung zur Schaffung einer wirklich sozialen Gerechtigkeit schon im Keim zu ersticken. Gekaufte Existenzen in Regierungen, Wirtschaft, Versicherungen und Banken richten das Land systematisch zugrunde. Die warnenden Stimmen von verantwortungsbewußten Menschen (nicht unbedingt Kommunisten), die das miserable Spiel des seit Jahrzehnten sich unverändert vergrößernden Monopolkapitals durchschaut haben, werden durch das Bombardement der manipulierten Medien übertönt. Mit unablässiger Umgarnung werden die Menschen von den Realitäten ferngehalten und auf die beabsichtigte Linie der Oberflächlichkeit im Denken dirigiert.

Sarah Wagenknecht hat in ihrem Buch »Freiheit statt Kapitalismus« die Zukunftslosigkeit des Kapitalismus analysiert. Es liegt an uns, ihre fundierten Analysen und Schlußfolgerungen zur Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus zu nutzen.

Um auf den Ausgangspunkt zurück zu kommen: es sollen in Koordinierungsgesprächen, zu denen sich ein oder zwei Vertreter aus den Basisgruppen in regelmäßigen Abständen treffen, Informationen und Abstimmungen über die Aktivitäten in den Gruppen austauschen und ggf. Beschlüsse fassen.

So traf sich die »Aktionseinheit Links« am 13.12.2012 in den Räumen der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Eberswalde. Das Protokoll gibt die von allen Anwesenden gut geheißen Richtung für das Jahr 2013 wieder:

1.) Die Initiative »Aktionseinheit links Nordost-Brandenburg« ist als eine mögliche Organisationsform der Zusammenführung linker Kräfte zur Realität geworden.

Uns eint marxistisch-leninistisches Gedankengut. Das machten die Veranstaltungen und Aktionen deutlich. Höhepunkt war zweifellos die Veranstaltung am 6. Oktober 2012 in Eberswalde, auf der Prof. Dr. Meißner von der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg einen bemerkenswerten Vortrag hielt.

2.) Der Anfang ist gemacht. Um weiter zu kommen, müssen wir das Verständnis für unser Anliegen in die Basisorganisationen der linken Parteien und die Regionalgruppen des Rot-Fuchs tragen. Wir müssen vor allem zwei Dinge klar stellen:

– Links ist nicht nur die Partei DIE LINKE.

– Für Kommunisten sind nicht nur die Mitglieder der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE »bündnisfähig«.

Es gilt sektiererisches Verhalten einzudämmen. Das erreichen wir, wenn wir uns besser kennen lernen: in Versammlungen und vor allem in gemeinsamen Aktionen.

3.) 2013 stehen Bundestagswahlen an. Wir Mitglieder der DKP stehen vor der Entscheidung: Treten wir eigenständig an oder unterstützen wir die DIE LINKE? Die Landesdelegierten-Konferenz der DKP hat zum Ausdruck gebracht: wir Brandenburger sind dafür, die Partei DIE LINKE zu unterstützen, obwohl zu bemerken ist, daß nicht alle Mitglieder, Wählerinnen und Wähler mit dem Verhalten von Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Bundestag und im Landtag zufrieden sind. Sollte diese Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, dann muß sie die Ursachen bei sich selbst suchen und vor allem bei einigen ihrer Spitzenleute. Anpassen an die SPD wird nicht honoriert!

Es wurde vorgeschlagen, die Basisorganisationen aus Oranienburg und Strausberg zu den Koordinierungsberatungen einzuladen. Die Teilnehmer der heutigen Beratung sind dafür, daß die weiteren Koordinierungsberatungen aller zwei Monate stattfinden.

Diesmal waren vertreten: DIE LINKE Stadtverband Eberswalde, DIE LINKE Basisorganisation Werneuchen, DKP Gruppe Eberswalde,

DKP Gruppe Bernau, DKP Gruppe Prenzlau und Templin.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,  
DKP Oberbarnim/Eberswalde

Vor 70 Jahren:

## Kampf um Stalingrad

Vor 70 Jahren, am 2. Februar 1943, ging die Schlacht um Stalingrad zu Ende. Eine Schlacht, die 200 Tage und Nächte währte und mehr als 1 Million Menschenleben forderte.

Am 23. August 1942 waren die deutschen Truppen zur Wolga durchgebrochen. Dieser Tag prägte sich für die Stalingrader als einer der schrecklichsten in der Stadtgeschichte ein. 600 Bomber der deutschen Luftwaffe griffen die Stadt an. »Den Himmel verdeckte eine Wolke aus Flugzeugen«, erzählt Wladimir Petrowitsch Panenko, der im Sommer 1942 noch keine 17 Jahre alt war. »Die Unsrigen reagierten anfangs mit den Fliegerabwehrgeschützen, doch bald verstummten sie. Denn es war ein so massierter Luftangriff gegen die Stadt – nicht gegen die Front, wo die Truppen standen und es irgendwelche Objekte gab, sondern gerade gegen die Zivilbevölkerung. Die ganze Stadt wurde zerstört. Alles brannte. Von der Erdölraffinerie floß das brennende Öl in die Wolga. Selbst die Wolga brannte. Die Bevölkerung war verwirrt – nirgendwo war Rettung.« 40.000 Menschen kamen an jenem 23. August in Stalingrad um. Die deutschen Truppen erreichten die Wolga. Doch in der Stadt entbrannte ein erbitterter und auf beiden Seiten äußerst verlustreicher Kampf um jedes Haus. Am 18. November 1942 war die Offensivkraft der deutschen 6. Armee endgültig erschöpft, ohne daß Stalingrad vollständig erobert werden konnte.

In diesem Moment startete am 19. November mit der sowjetischen Operation »Uranus« ein weiträumiges Umfassungsmanöver. Die nördlich und südlich Stalingrads angreifenden Angriffsspitzen trafen sich am 22. November bei Kalatsch am Don. Die 6. Armee, Teile der 4. Panzerarmee sowie Truppen des rumänischen Verbündeten, rund 300.000 Mann, waren eingeschlossen. Am 2. Februar 1943 kapitulierten die letzten Reste der eingeschlossenen Truppen. Mehr als 91.000 Mann gingen in Gefangenschaft. Von Hunger und Kälte geschwächt, starben die meisten bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der Gefangennahme. Nur 6.000 »Stalingrader« kehrten nach 1945 nach Deutschland zurück. G.M.

Quellen: Stimme Russlands, Geschichte des Zweiten Weltkrieges Band 6 (Militärverlag der DDR, 1979), Wikipedia

## Ohne Konsequenzen

**Frankfurt/Oder (bbp).** Am 10. November wollten in Frankfurt/Oder rund 120 Neonazis durch die Stadt marschieren. Mehrere hundert Menschen stellten sich in den Weg. Doch die Polizei räumte den Nazis rabiat den Weg frei und verletzte mehrere der Gegendemonstranten (BBP 12/2012). Für seine Forderungen, die Schuldigen der Polizeiübergriffe zur Verantwortung zu ziehen, bekam der Leiter der Neuen Spartakusgruppe Karl-Heinz Blättermann jetzt eine Absage. Die Staatsanwaltschaft könne »keine Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten« der Beamten erkennen.

## Terrakotten am Schuleingangsportal

Kunstwerke des Bildhauers Axel Schulz in Eberswalde (5)



Zu Ehren von Axel Schulz, der im März 2012 starb, sahen wir uns im Jahr 2012 noch einmal alle seine Skulpturen in Eberswalde an. Eines dieser Werke sind die Terrakotten am Haupteingang der Karl-Sellheim-Schule von der Wildparkstr. 1 in Eberswalde. Axel Schulz und Baldur Schönfelder fertigten sie als sehr junge Künstler bereits im Jahr 1966 im Auftrag der Stadt Eberswalde. Damals wurde die alte Westenschule mit einem Schulanbau erweitert. Es entstand die damalige 7. Oberschule.

Der schlechte Zustand der Skulpturen wurde 2008 dann im Zuge der Baumaßnahmen

stark verbessert, indem man sie abstrahlte. Dadurch haben die Terrakotten keine Beschmutzungen und Verschmutzungen mehr und erstrahlen wieder in Ihrem typischen Rot. Die Terrakotten bestehen aus gebranntem Stein.

An der Skulptur wurde von uns 2009 ein kleines Messingschild befestigt, damit die Leute wissen, wer dieses Werk geschaffen hat.

Weil wir Axel Schulz persönlich kannten, bleiben seine Terrakotten immer in unserer Erinnerung.

FRIEDRICH GRAMS,  
Klasse 10H, Karl-Sellheim-Schule

## Bremer Appell zum Tag des Gedenkens

Am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz wird aller NS-Opfer gedacht, auch der 900 als erste in Auschwitz mit Giftgas ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie zählen neben den europäischen Juden zur größten NS-Opfergruppe. In den ersten 10 Monaten des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion starben zwei Drittel der sowjetischen Kriegsgefangenen in Lagern der Wehrmacht. Diese »Russenlager« waren Sterbelager. Die Gefangenen verhungerten, starben wegen mangelnder Hygiene an Seuchen, wurden ermordet... Von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen kamen bis zu 3.3 Millionen zu Tode. Sie waren Opfer rassenideologisch motivierter NS-Gewaltherrschaft. Sie hatten die härteste Zwangsarbeit zu verrichten und gelten trotzdem der Bundesrepublik Deutschland als »nicht leistungsberechtigt«. Nur wenige Überlebende, die in KZ-Haft waren, erhielten die Zwangsarbeitersschädigung...

In einer offiziellen Liste von 3800 anderen Haftstätten, die der KZ-Haft vergleichbar sind, hätten auch die »Russenlager« aufgeführt werden müssen. Die Haftbedingungen waren zeitweise grausamer als in Konzentrationslagern.

Warum wurde dies ignoriert? Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag könnte jedem Politiker nahe bringen, daß dort die Gefangenen nicht unter »allgemeinem Kriegsschicksal« litten. Sie wurden unter dem Diktat der NS-Ideologen als »Untermenschen« mißhandelt. Warum verweigert die Bundesre-

gierung bis heute den wenigen noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen eine humanitäre Geste der Anerkennung dieses Unrechts?

Vor den ehemaligen »Russenlagern« liegen Hunderttausende in anonymen Massengräbern. Ihre Namen werden ermittelt durch deutsch-russische Archivrecherche. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem Gesetz nach zu handeln: Die Grabstätten müssen in würdiger Form mit den Namen der Toten gekennzeichnet werden!

Ehemalige sowjetische Kriegsgefangene erinnern sich an Gesten der Solidarität und des Mitleids.

Menschlichkeit gab es selbst in Zeiten des Terrors. An ein heimlich zugestecktes Stück Brot denken sie bis zum Lebensende mit Dankbarkeit. Unserem Bürger-Engagement verdanken bisher über 7000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene Geldspenden, die als Geste der Anerkennung von Unrecht gereicht wurden. Schülergruppen gestalten aus Tontafeln an Massengräbern Namensschilder. Der Bundesregierung werden also Beispiele zum Handeln geboten. Das Gedenken der Toten und die Verantwortung für die Überlebenden des Naziterrors sind unteilbar.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehemalige sowjetische Kriegsgefangene nicht weiterhin zu mißachten und eine Geste der Anerkennung zu beschließen!

KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V.



## Pfui Deibel, Rainer !

Da hat also der altliberale Rainer Bröderle, wahrscheinlich in seinem Normalzustand der leichten Besoffenheit, einer jungen Dame ein paar Sekunden zu lange auf den Busen geschickt und anschließend »Sexistisches« geäußert. Von wegen, der Vorbau der Endzwanzigerin könne auch ein Dirndl füllen. Dirndl sind spezielle Kleider mit tiefem Brustausschnitt, die in Bayern zur Landmode gehören und immer dann angelegt werden, wenn Gaudi ist und Holzfäller, Köhler und Wildschützen zur Paarungsbereitschaft animiert werden müssen.

Sei es, wie es sei. Das unschuldige junge Ding fühlte sich fast schon vergewaltigt vom bösen Bock Bröderle und reagierte mit allerspontanster Empörung. Ein Jahr danach nämlich – es wurde gerade gewählt – schrie sie ihr Entsetzen im STERN heraus, dem Blatt, dessen Titelseiten regelmäßig halbnackerte Frauenzimmer bevölkern, deren Brüste jedes Bayernmieder zum Bersten brächten, und für das die Reporterin, denn um eine solche handelte es sich, auf Recherchetour war.

Die Empörung über dieses halbkriminelle Verfahren, einen Dolch im Gewand so lange zu tragen, bis der optimale Moment für Radau, Aufschrei und Auflagenerhöhung das Zustoßen lohnt, hielt sich in Grenzen.

Aber querbeet durch alle TV-Sender und Gazetten fluteten plötzlich in seltener Einmütigkeit Wogen der Erschrecktheit über den Fall Bröderle. Pfui und abermals pfui – so riefen sie alle. Die Würde der Frau, im konkreten Vorkommnis wie auch im allgemeinen, sei verletzt, mit Füßen getreten und in den Dreck gezerrt worden und, sensationelle Entdeckung, der »Sexismus« habe offenbar schon die Mitte der Gesellschaft erreicht.

Zu den Auffaulern gehörten Sender, die Zoten-Bohlen höchste Gagen zahlen, die ein paar Tage vor dem Bröderle-Skandal Bikinitussis beim Verzehr roher Affenhoden zeigten und nach der elften Abendstunde der Rufnummern-Prostitution nachgehen. In aller Freiheit

### Politischer Aschermittwoch

**Bernau (bm).** Mit dem Programm »Die Pfeile fliegen« werden auch in diesem Jahr Ereignisse, Personen und Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland, in Brandenburg und in Bernau aufs Korn genommen. Auf kabarettistische Weise blicken die Bernauer Stadtverordneten der LINKEN auf sich selbst und sparen auch die Sicht auf andere nicht aus.

Die Veranstaltung beginnt am Freitag, dem 15. Februar, um 19 Uhr im Bernauer Ofenhaus, 16321 Bernau bei Berlin, Weinbergstr. 4 (Einlaß ab 18.15 Uhr). Der Eintritt ist frei. Die Platzreservierung ist ab sofort möglich unter eMail: [fraktion-bernau@dielinke-barnim.de](mailto:fraktion-bernau@dielinke-barnim.de), Telefon: 03338/459543 oder persönlich im Fraktionsbüro in der Hussitenstraße 1.

und gebotener Würde. Und wo – je nach Bedarf – Krokodilstränen tropfenweis oder in Strömen vergossen werden, durfte auch das unterste Presseorgan aus dem Hause der Kanzlerinfreundin Friede Springer nicht fehlen.

Mehr Heuchelei und Scheinempörung war selten. Und, wie oft vorher, war der mickrige Anlaß Gelegenheit, weit über das Ziel hinauszuschießen. Gehört ein Kompliment unter Kollegen (»Du siehst gut aus...«) ab sofort auf den Moralindex? Werden die ohnehin für Nichtrheinländer eher peinlichen als spaßigen Karnevalsübertragungen verboten weil aus der Bütt zu 90 Prozent ordinärster Sexismus kommt, von den Damen des Spießbürgertums frenetisch bebefallt? Wird Flirten zum Versuch, eine Vergewaltigung vorzubereiten? Ist einer, der sich in der Dresdner Galerie die »Schlummernde Venus« näher beguckt, schon ein Schwein? So viele Fragen... und die Antwort?

Eigentlich nur – der Fall, die STERN-Intrige, die Chöre der Empörer – ein Sturm im Wasserglas, das Austoben auf einer Spielwiese vor Publikum.

Wem die Würde der Frau am Herzen liegt, wer wahrer Entrüstung noch fähig ist, der empört sich darüber, daß der Lohn deutscher Frauen im Bundesdurchschnitt um 20 Prozent unter dem der Männer liegt, daß alleinerziehende Frauen die Mehrheit der Hartz-vier-Empfänger ausmachen, Vergewaltigungsoffer in katholischen Krankenhäusern nicht versorgt werden, Konzernbosse Hurengeld von den Spesen absetzen und die sächsische Justiz eifrig unter den Teppich kehrt, daß höhere Richter in einem Kinderbordell verkehrten. Um das zu verdrängen, wurde der Nebenschauplatz Bröderle installiert.

Ich mag ihn nicht, den Weinschlauch und Phrasenplapperer. Und seine Intimbeziehungen zum Kapital widern mich geradezu an. Aber – ist das schon wieder Sexismus? – der rasenden Reporterin würde ich nicht mal einen Klaps auf den Hintern geben.

Dr. STEFFEN PELTSCH

### Faschingstanz in Finow

Der neue »Bahnhofstreff« in Finow, Bahnhofsstr. 32, sozusagen die »kleine Schwester« des Kulturbahnhofs, bietet Tanz und mehr. Am Dienstag, 12. Februar ab 14 Uhr, lädt die Volkssolidarität zu einem zünftigen »Faschingstanz« ein. DJ Dieter sorgt für Stimmung.

Das »Tanzcafé im Bahnhofstreff« steht regelmäßig einmal im Monat, immer dienstags, auf dem Programm. Die nächsten Termine sind der 19. März, 9. April und der 14. Mai. Beginn ist jeweils 14 Uhr. Die ehrenamtliche Bibliothek im »Bahnhofstreff« verzeichnet bereits 100 begeisterte Leser und erwartet auch Sie mit Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. Infos unter Tel.: 03334-383586.

ANDREA HOEHNE

### Wandertips

**10. Februar 2013, Sonntag, Der Riesenschimmel bei Rädikow, 4km.**

Heute führt Förster i.R. Gottfried Lehmann zu einem 4 km Spaziergang in die Landschaft um Rädikow. Die herrliche Landschaft auf den Höhen des Oberbarnim wird fachlich erklärt. Geplant ist eine Kaffee- und Kuchenrast an einer neuen Wanderrasthütte.

Treff: 13.30 Uhr Wanderparkplatz Försterei Rädikow, Rädikow 1, Landstraße 35, 16269 Wriezen. Gebühren: 2,20 Euro, ermäßigt 1,10 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

**16. Februar 2013, Sonnabend, Musikalischer Hüttenabend mit Volksmusik.**

Ein musikalischer Hüttenabend mit gemeindefreier Volksmusik wird garantiert für Stimmung sorgen. Das tolle Ambiente im neuen Bürgerhaus von Bralitz und die bodenständige Musik von Klaus Schluchter (Gitarre und Mundharmonika) wird sicher begeistern. Für einen Imbiß ist gesorgt. Ein Fahrservice kann auf Wunsch organisiert werden.

Treff: 16 Uhr Dorfgemeinschaftshaus Bralitz, Hauptstr. 3, 16259 Bad Freienwalde OT Bralitz. Gebühren: Erwachsene im Vorverkauf 4,50 Euro, Mitglieder NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. 2 Euro; Abendkasse + 1 Euro.

**24. Februar 2013, Sonntag, Schloßführung Königin Friederike Luise und Walther Rathenau.**

Schloß-Kastellan Dr. Reinhard Schmoock wird durch das königliche Freienwalder Schloß führen und dabei auch auf die Königin Friederike Luise und Außenminister Walther Rathenau eingehen. Auch Wissenswertes über Freienwalde und das Oderbruch wird zu erfahren sein. Treff: 13.30 Uhr, Schloß Freienwalde, Rathenaustraße 3, 16259 Bad Freienwalde. Führung inklusive Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4 Euro. Wir bitten jeweils um Anmeldung unter 03344/333200.

BERND MÜLLER



Die Wanderung zu Lichtmeß, dem 2. Februar, führte zum Hellsee bei Lanke. Wanderleiterin war Gerda Schmidt von den NaturFreunden Hellmühle. Ausgangspunkt war die Markteiche auf dem Marktplatz in Biesenthal. Die 6 Kilometer lange Wanderung unterbrach eine Rast an der Ulli-Schmidt-Hütte. Dort erwartete die Wanderer ein Lagerfeuer mit Kaffee, Kuchen, Gegrilltem und Getränken.

## Fotoausstellung: Bäume in der Waldstadt Valentinstag

**Eberswalde (prest-ew).** Die aktuelle Fotoausstellung im Eberswalder Rathaus zeigt Aufnahmen städtischer Bäume. Die Fotografin und Ärztin im Ruhestand, Dr. Waltraud Voigt, widmet ihre fünfte Fotoausstellung den Bäumen ihrer Heimat- und Waldstadt Eberswalde.

Zwar wurden die meisten »Bäume unserer Waldstadt«, so der Ausstellungstitel, gepflanzt, Waltraud Voigt hat allerdings auch zufällig gewachsene Gehölze mit ihrer Kamera abgelich-

tet. »In jedem Stadtteil gibt es wunderbare Anblicke alter Bäume, die eine einzigartige Faszination und Atmosphäre ausstrahlen«, erklärt Fotografin Voigt ihre Themenwahl.

Die Ausstellung umfaßt insgesamt 35 Fotografien der »holzigen Weg- und Straßenbegleiter«. können bis zum 8. März montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 7 und 18 Uhr und freitags bis 13 Uhr im Rathaus betrachtet werden.

Gestern traf ich Horst, meinen alten Armeekumpel. »Na, Leben noch frisch?« fragte ich den 55-jährigen Sanitärklempner. Horst winkte ab. Seine Ex-Frauen seien nur hinter seinem Geld her. Der 6-fache Erzeuger ebenso vieler erwachsener Söhne und Töchter läßt sich aber nicht klein kriegen. Zur Not, sagt er, wird halt weniger verdient. Sein Chef bekommt das schon gedeichselt, bzw. Frau Köppke, die Buchhalterin. Bloß der Rücken macht gerade Probleme, und der aufrechte Gang. Die Bandscheiben! Er hat da aber seine Hausmittelchen: Klosterfrau Melisengeist, Helles mit Schuß und Kirschwasser. Aber nur rein äußerlich, betont der Träger des GST-Schützenabzeichens in Bronze. Das zieht schön ein! Sein Magen verträgt leider momentan nur Blümchenkaffee und Kräutertee.

»Und, fährst Du noch deinen alten Honda?« wollte ich wissen. Der hat schon vor 5 Jahren den Geist aufgegeben, klagte der langjährige AOK-Versicherte. Sein neuer Opel ist zwar gebraucht, aber ein richtiges Kilometerwunder. Eine echte Schatzkiste! Allerdings nicht für ihn, sondern für die Werkstatt. Wenn ich komme, sagt Horst, geben die immer einen aus: Blümchenkaffee! Und eine Tüte Knusperflocken. »Wat macht die Liebe, du alter Herzensbrecher?« wurde ich etwas privater. Ach ja, seine Roswitha. Die ist sein größter Schatz, vertraute mir der baldige Frührentner an. Wenn er die nicht hätte, wüßte er auch nicht mehr weiter. Er besucht sie jede Woche, um ein bißchen bei ihr zu sein. Er braucht ihre Nähe. Und bringt ihr frische Blumen mit.

Hoffentlich sieht sie sie, von dort oben, im Himmel ... Seine Roswitha!

JÜRGEN GRAMZOW

## Offene Gärten 2013

Der Plantasie-Garten hält seinen verdienten Winterschlaf. 2004 angelegt, entwickelt er sich dank der rasant wachsenden Kletterpflanzen immer mehr zu einem Naturgarten. Im Frühjahr werden zwei neue Aussichtsterrassen hinzukommen. Und so geht es immer stärker in die Vertikale...

Nebenstehend sind sämtliche Gartentermine für dieses Jahr aufgelistet. Hinzu kommen noch Kunstvernissagen in unserer Galerie. Am 11. Mai eröffnet eine Ausstellung mit Jazz-Grafiken von Matthias Schwarz, ab 15. Juni gibt es Fotos von Jehanne Boka zu sehen und im September zeigt Reinhard Wienke Garten- und Landschaftsbilder mit dem passenden Titel »Park-Raum«. Ausführlichere Informationen zum Garten und zur Galerie finden sie unter [www.galerie-plantasie.de](http://www.galerie-plantasie.de). Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

MATHILDE PIETZNER  
UND ANDREAS TIMM



## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
  - Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
  - ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
  - Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
  - Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)
- Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer	Bank	Bankleitzahl
Name, Vorname	Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in	
Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:	Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in	

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
**telefon/fax:** (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10  
**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://.../bbp-blog/)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**fotografie:** Gramzow, Hänel, Lindner, G. Markmann (2), S. Markmann, Mierau, Müller  
**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088  
**redaktionsschluß:** 31. Januar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.2.2013, 12 Uhr.